18. Okt. 1978





Dr. Oberreuters Beitrag zur "ständigen Umsetzung des Grundgesetzes in Realität"



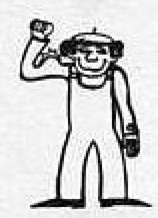
Herausgeber:

SAZ



SOZIALISTISCHE ASSISTENTEN ZELLE
am FB 15 POLITISCHE WISSENSCHAFT
an der FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

INHALT



IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SOZIALISTISCHE ASSISTENTEN ZELLE*

am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin

Ihnestraße 21 - 1 Berlin 33

1 Der Fall

Am Anfang verlief alles ganz gewöhnlich: Der Senator für Wissenschaft und Forschung, Dr. Peter Glotz, aus München nach Berlin berufen, berief vom dritten Platz der ihm vorgelegten Berufungsliste Herrn Dr. O. aus München nach Berlin. Die Mitglieder der Berufungskommission und des Fachbereichsrates mochten sich dabei dieses oder jenes denken - aber egal: der Senator hatte sich sein Recht genommen, wie das Universitätsgesetz es ihm erlaubt. Mit dem Hinweis auf das neue innere Gesetz von Forschung und Lehre: den Pluralismus, den die SPD durchsetzen und einhalten will, hatte der Senator kurz vorher schon eine Dame von einer Bundeswehrhochschule berufen, die ebenfalls, wie Dr. O. auch, politisch der CDU/CSU zuzurechnen ist, wie zu hören war. Vermutlich hätte der Fachbereich auch diese neuerliche Segnung mit pluralistischer Berufungspolitik auszuhalten versucht, wenn nicht etwas dazwischen gekommen wäre.

Wir wollen zunächst darstellen, was dazwischen kam; ein kurzer chronologischer Abriß soll eine erste Orientierung darüber ermöglichen, was wann und wie abgelaufen ist. Daran schließt sich ein erster, kurzer Kommentar, der die Dokumentation, die sich anschließt, in die Zusammenhänge einordnet und einige notwendige Erklärungen gibt.

Die "Berufungssache O." wurde plötzlich zum "Fall O.", als die "Süddeutsche Zeitung" am 11. 7. 1978 unter der Überschrift "Kraftsprüche alarmieren den Landtag" einen Artikel veröffentlichte, in dem zu lesen war, Dr. O. habe es auf einem Fortbildungsseminar für Lehrer für richtig befunden, kritische Bundestagsabgeordnete ins KZ zu stecken. (Der Artikel ist das erste Stück in der folgenden Dokumen_tation.)

Der Fachbereichsrat reagierte prompt darauf und forderte in einem nahezu einstimmigen Beschluß am 19. 7. 1978 den Senator auf, den Ruf an Dr. O. zurückzuziehen (vgl. Dokumentation). Der Senator dagegen hielt das weder für nötig noch für möglich. Seiner Auffassung nach sei eine Berufung ein begünstigender Verwaltungsakt, und man dürfe den untadeligen, exzellenten konservativen Wissenschaftler Dr. O. nicht an seinen einmaligen Kraftsprüchen Schaden nehmen lassen.

Diese Auffassung vertrat der Senator auch in einem Gespräch, das er - im Beisein von Vertretern des Fachbereichs und des Präsidialamtes - mit Dr. O. an eben diesem 19. 7. führte. Dr. O. zeigte sich über die Maßen einsichtig und versprach, in einem Brief an

den Fachbereichsrat alles zu erklären und die aufgekommenen Vorbehalte auszuräumen. Dieser Brief erreichte den Vorsitzenden des Fachbereichsrates auch richtig am 21. 7. 1978 (vgl. auch dazu die Dokumentation).

Dieser Brief erschien der Mehrheit der Fachbereichsratsmitglieder als unzureichend; man sah sich geradezu brüskiert und formulierte entsprechende Erklärungen für die im September anstehende Feriensitzung des Fachbereichsrates. Da auch in der Öffentlichkeit die Diskussion über den "Fall" nicht abriß, entschied sich der Präsident der FU dafür, Dr. O. noch nicht zu ernennen, sondern den Fachbereich noch einmal um eine Stellungnahme zur fachlichen Eignung des Dr. O. zu bitten - im übrigen ein ziemlich ungewöhnlicher Vorgang. Darüber war es August geworden; der Senator und der Präsident gingen in Urlaub.

In der Feriensituation blieb zunächst fast unbeachtet, daß Dr. O. sich dafür entschied, den Ruf nach Berlin anzunehmen. Nahezu unbemerkt blieb zunächst auch, daß der Berliner "Extra-Dienst" am 18. 8. eine neue brisante Information veröffentlichte: Dr. O. habe 1976 in einem Gutachten für die CSU die Munition dafür geliefert, Günter Wallraff als "Untergrundkommunisten" zu bezeichnen, weil der u. a. auf einem Titelbild der Zeitschrift "konkret" mit erhobener Faust zu sehen war.

Die Informationsquelle war, wie sich herausstellte, der "Pressedienst Demokratische Initiative" (PDI) in München; im September erhielt der Fachbereichsrat von ihm eine Fotokopie dieses "Gutachtens", das Dr. O. für die CSU-Landesleitung in München erstattet hatte.

Die Tatsache, daß Dr. O. in der Zwischenzeit den Ruf angenommen hatte, und die Qualität dieses "Gutachtens", das zu den "Kraftsprüchen" und zu dem ungenügenden Kommentar Dr. O.'s zu alledem hinzukam, brachte den Fachbereichsrat in eine etwas ungewöhnliche Lage. Unter ausschließlich formalrechtlichem Aspekt betrachtet war er gar nicht mehr zuständig. Andererseits gab es die Aufforderung des Präsidenten, die fachliche Qualifikation des Dr. O. doch noch einmal zu begutachten, und schließlich irritierte auch, daß der Senator nicht erkennen ließ, was er wollte.

Der Fachbereichsrat entschied sich dafür, (noch) nicht zu resignieren; er forderte den Präsidenten und den Senator am 20. 9. erneut einstimmig auf, Dr. O. nicht zu ernennen. Gleichzeitig wurde eine Kommission eingesetzt, die "den anderen Dr. O.", den die Berufungskommission garnicht hatte würdigen können, noch einmal unter politologischem Aspekt betrachten sollte (vgl. Dokumentation).

Damit war aber die Grenze der Einstimmigkeiten erreicht: Fünf Hochschullehrer empörten sich über das ganze bisherige Verfahren und sahen darin eine Schande für den Fachbereich und die FU (vgl. den dokumentierten Brief von Schwan & Co.); auch die Kommission konnte sich nicht einigen und lieferte nur einen - hier ebenfalls z.T. dokumentierten - "Mehrheitsbericht" ab.
Da inzwischen der Semesterbeginn gekommen ist, wurde auch der Senator der ausgebliebenen Ernennung wegen unruhig; er hat die Mitglieder des Fachbereichsrates zu einem Gespräch über die ganze Angelegenheit gebeten (es soll in diesen Tagen stattfinden). - Soweit also der gegenwärtige Stand der Dinge.

Es fällt schwer, das alles kühl und unvoreingenommen zu "würdigen". Insofern ist der erste Versuch dazu, den wir hier unternehmen, vielleicht nicht in allen Punkten ordentlich ausgereift, abgewogen, wissenschaftlich, salomonisch oder überhaupt perfekt. Aber: Wer so etwas verlangt - und die wohlmeinenden Kritiker tun das, versteht sich! -, muß sich fragen lassen, ob leidenschaftslose, womöglich noch wertfreie Wissenschaftlichkeit in diesem Falle nicht schon der Ausdruck erschreckender Benommenheit unter dem Gewicht der Rechtslastigkeit sowohl des Dr. O. wie auch der Politik des Senators wäre. Deshalb stellen wir der Dokumentation und der kritischen Analyse am Detail bewußt eine einordnende Wertung voran.

Am "Fall O." hinterläßt nicht das ungenügende politische Problembewußtsein dieses einzelnen den beklemmendsten Eindruck, sondern vielmehr die Tatsache, daß dieser Einzelfall im Zusammenhang einer immer stärker und deutlicher sich ausprägenden und artikulierenden Rechts-Tendenz steht. Was der 35jährige Dr. O. sagt, steht - vermittelt über den gemeinsamen Parteizusammenhang - in enger Verbindung zur Empfindung und zu den Aussagen Filbingers, der der vorangehenden Generation angehört. In den beiden Fällen wird die Kontinuität des autoritären Charakters und der politischen Reaktion augenfällig, die in der CDU/CSU ihre politische Organisation findet. Daran wird deutlich, daß es falsch ist, von einer "Tendenz*wende*" zu reden: Die immer gleiche, traditionelle Tendenz kann sich seit einiger Zeit wieder offener und offensiver selbst darstellen und Ansprüche auf öffentliche Reputation erheben.

So gesehen wird die Haltung des Senators für Wissenschaft und Forschung zum Skandal, insoweit und weil sie die offizielle Haltung der SPD ist. - Der Senator hat es sich bis heute ja "leicht"

gemacht und sich auf die juristische Ebene der Auseinandersetzung zurückgezogen. Er spricht nach wie vor vom "begünstigenden Verwaltungsakt", den der Ruf darstelle; seiner Auffassung nach liegt nichts vor,was rechtlich zwingend die Rücknahme des Rufes fordert. Die politischen Aspekte des Falles hat Senator Glotz allerdings übel verdreht dargestellt, um überhaupt bei seiner einseitig juristischen Haltung bleiben zu können. Der entscheidende "Kunstgriff" bestand dabei darin, daß er in "klassischer" Manier links und rechts gleichsetzte. Konkret: für ihn sind die Herausgeber der "Buback-Nachruf"-Dokumentation auf der gleichen Ebene wie Dr. O. angesiedelt. Da macht es sich natürlich sehr souverän, wenn der Senator im einen wie im andern Falle darauf verzichtet, den Übeltätern etwas nachzutragen. Öffentlich besonders ansehnlich wirkt das in einer Diskussionsphase, in der die SPD-Oberen ausprobieren, ob sie den Radikalenerlaß fallen lassen können. Und die Taktik gewinnt endgültig an "Eleganz", wenn Glotz den Linken unterstellt, sie wollten ihrerseits ein Berufsverbot gegen jemanden mit einer anderen politischen Couleur durchsetzen.
In Anbetracht des "Gutachtens", das Dr. O. für die CSU verfaßt hat, wirkt eine solche Taktiererei nur noch ärgerlich und peinlich. Aus Angst vor dem Rufmord durch die CDU/CSU vollzieht ihn der Senator lieber gleich selbst: Glotz beruft jemanden und beharrt auch dann noch auf seiner Entscheidung, als sich herausstellt, daß der Berufene seinem künftigen Dienstherrn bescheinigt, er sei ein Kryptokommunist und für die Demokratie untragbar. Die Schnelligkeit und "Fähigkeit" des Senators, die Herausgeber der "Buback-Nachruf"-Dokumentation öffentlich zum Quittieren ihrer Beamtenstellung aufzufordern, entspricht offenbar ganz genau seiner Unfähigkeit, einen politisch rechtsstehenden Denunzianten und Diffamierer adäquat zu behandeln.

Es ist nicht verwunderlich, daß eine solche quasi amtliche Verwirrung der Kriterien auch auf die Hochschullehrer am Fachbereich übergegriffen hat. Allerdings ist die Reaktion dort uneinheitlich - und letztlich wieder entlarvend. Die an den Verhältnissen des Fachbereichs gemessen Rechtsstehenden (Schwan und Co.) argumentieren politisch, aber nicht juristisch, wenn sie von einer "Diffamierungskampagne gegen einen politisch unbequemen Kollegen" sprechen und den Senator auffordern, den Dr. O. doch gefälligst zu ernennen.
Die am Senator orientierten Hochschullehrer müssen sich schon

die Mühe machen, schizophren zu argumentieren. "Dienstlich" sagen sie: Dr. O. ist berufen; also müssen wir ihn als Kollegen begrüßen. Als Fachwissenschaftler aber wollen sie den Dr. O. sehr wohl in einer Disputation öffentlich "erledigen", und privat versichern sie, der "Kollege" sei nicht akzeptabel.

Sogar die kritischen Hochschullehrer schließlich - zu ihnen ist auch der Präsident der FU zu zählen - erliegen der Bluff-Argumentation des Senators vom angeblichen Berufsverbot, das die Linken hier für einen Rechten verlangten. Der Präsident gibt sicherlich den Bedenken vieler Kollegen Ausdruck, wenn er in einem Brief auf die an ihn ergangene Aufforderung des Fachbereichsrates, Dr. O. nicht zu ernennen, u. a. schreibt:

"Ich mußte dabei feststellen, daß sich Ihr Fachbereichsrat im Punkt 1 seines Beschlusses (= Beschluß vom 20. 9.) mit der Formel, daß 'nicht überzeugend alle Zweifel' beseitigt seien, auf eine Praxis einläßt, gegen die ich mich zu Gunsten von Universitätsangehörigen gegenüber der Landeskommission in Fällen der politischen Überprüfung stets entschieden zur Wehr gesetzt habe: Die kommentarlos wiederholte Behauptung, daß nicht alle Zweifel beseitigt seien, hält den Überprüfenden beliebig lange in der Lage, vom Überprüften neue Entlastungsbeweise zu fordern. Ich bin, das muß ich Ihnen gestehen, unangenehm berührt davon, daß ein so deutlich und erfreulich auf konstruktiv demokratisches Verhalten pochender Fachbereichsrat mit dieser Formel operiert".

An den bisher nachskizzierten Argumentationsgängen wird gut sichtbar, daß es nicht möglich ist, an diesem Fall jeweils nur <u>einen</u> Aspekt hervorzuheben - den juristischen, den politischen oder einen anderen. Dann kommt man in der Tat nur zu Partial-Aussagen, die der Sache nicht gerecht werden können. Die Äußerungen des Dr. O. erscheinen dann auch merkwürdig voneinander getrennt: Einerseits scheint er "rein" wissenschaftlich zu arbeiten, andererseits diffamiert und denunziert er politisch.

Wir können aber beides nicht voneinander trennen - Dr. O. hat sich mit seinen Äußerungen sowohl politisch wie auch fachlich disqualifiziert. Es geht daher nicht um ein Berufsverbot, sondern darum, jemanden abzulehnen, der erkennen ließ, daß er nicht über das Problembewußtsein verfügt, das man von einem Hochschullehrer für Politische Wissenschaft erwarten kann und muß.

Um diese Aussage zu belegen und die Aufregung und Empörung unter den Dozenten und Studenten im Fachbereich zu erklären, dokumentieren wir im folgenden die wichtigsten Aussagen Dr. O.'s, des Senators und der Fachbereichsvertreter und fügen an einigen wichtigen Punkten unsere Kritik im einzelnen bei.

2 DOKUMENTATION



(Abschrift)

KRAFTSPRÜCHE ALARMIEREN DEN LANDTAG

Wissenschaftlicher Assistent redet vor Gymnasiallehrern von Konzentrationslagern für Abgeordnete
Von unserem Redaktionsmitglied Michael Stiller

München, 10. Juli - Nachlese zu einem Fortbildungsseminar für Gymnasiallehrer in der Tutzinger Akademie für politische Bildung wird der Landtag am Mittwoch halten. Kultusminister Maier wird sich der Frage der FDP-Abgeordneten Ursel Redepenning stellen müssen, ob ihm bekannt sei, daß auf dieser Veranstaltung seines Hauses einer der Referenten vor Kollegstufenlehrern geäußert habe, er sei geneigt, Konzentrationslager für Bundestagsabgeordnete einzurichten, "die mit falschen Informationen über den Bundestag das politische System kaputt machen". Für diesen und einige weitere Kraftsprüche haben sich fünf Seminarteilnehmer noch von Tutzing aus, in einem Brief an die SPD-Landtagsabgeordneten Liselotte Seibel und Rolf Langenberger bereits Ende April verbürgt.

Der Referent, dem diese Entgleisung unterlief, bestreitet die Verwendung des Begriffs Konzentrationslager nicht. Er wertet ihn selbst als "verbalen Exzeß", für den er sich unmittelbar nach seinem Referat wie auch in einem späteren Brief an die Seminarteilnehmer entschuldigt hat. Der 35jährige Heinrich Oberreuter, wissenschaftlicher Assistent des Politologieprofessors Hans Maier am Institut für politische Wissenschaft der Universität München, das den Namen der Widerstandskämpfer Geschwister Scholl trägt, fühlt sich freilich durch die verkürzte Form der Darstellung mißinterpretiert. Natürlich ha-

be er "kein nationalsozialistisches Gedankengut" verbreiten wollen und will sich auch nicht "in diese Ecke" drängen lassen. Im Gespräch mit der SZ verweist er auf seine zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen; dem zuständigen Referenten im Kultusministerium, Ministerialrat Franz-Paul Vecchioni gilt Oberreuter als "der kompetente Mann für Fragen des Demokratieverständnisses und der Opposition". Ein ähnliches Urteil mag 1974 auch die Jury des bayerischen Parlaments bewogen haben, Oberreuter für eine seiner Arbeiten den Preis des bayerischen Landtags zu verleihen.

Der "verbale Exzeß" spielte sich im Rahmen eines Referats zum Thema "Die Funktion des Parlaments in der Spannung von Effizienz und Transparenz" ab. Es ging dabei um die Frage des Parlamentsverständnisses von Abgeordneten, denen Oberreuter aus der Sicht des Wissenschaftlers vorwarf, in öffentlichen Diskussionen "erst mal die öffentlichen Vorurteile zu bekräftigen", anstatt offensiv das parlamentarische System zu verteidigen. In diesem Zusammenhang - das nicht vorformulierte Referat war von Diskussionen unterbrochen - kam Oberreuter auch auf ein Buch des früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Professor Ulrich Lohmar zu sprechen. In diesem Kontext fielen dann die bösen Worte, wobei Oberreuter sie nicht direkt auf Lohmar bezogen haben will. Er habe beim Wort "Konzentrationslager" die "Anführungszeichen sozusagen mitgesprochen" und dabei eine Assoziation mit seiner Schulzeit gehabt: Damals habe man für Abiturienten "Konzentrationszimmer" eingerichtet, in denen sie ihr Wissen vertiefen konnten. Im Pennälerjargon habe man dazu "Konzentrationslager" gesagt - und nur so wolle er seinen Tutzinger Ausrutscher verstanden wissen. Er, der für polemische Aus-

drucksweise bekannt ist, habe Abgeordneten, "die ihr Nest bekacken", die Gelegenheit geben wollen, sich in das parlamentarische System zu vertiefen.
Der Brief mit diesem und andern Oberreuter-Zitaten - er stellte das Dritte Reich als "Betriebsunfall" dar, resultierend aus den Organisationsnormen der Weimarer Verfassung - machte jedoch die Runde. Er erreichte auch Ulrich Lohmar, der seinerseits von Kultusminister Maier Aufklärung forderte. Der bat seinen Doktoranden Oberreuter sehr förmlich um Stellungnahme, die dieser Ende Juni ins Kultusministerium schickte. Durch eine Veröffentlichung des "Pressedienstes Demokratische Initiative" wurde schließlich der Vorfall publik.
Mittlerweile hat die SPD-Landtagsabgeordnete Ursula Pausch-Gruber, die dem PDI-Ausschuß angehört, von den Briefschreibern den Eindruck, daß sie "panische Angst" um ihre berufliche Zukunft haben. Daß im Landtag die FDP und nicht die SPD aktiv wird, hat einen pikanten Hintergrund. Der fachlich unbestrittene Oberreuter hat einen Ruf zu einer Professur ("Vergleichende Parlamentarismusforschung") an das Berliner Otto-Suhr-Institut erhalten und "grundsätzlich" auch schon akzeptiert. Bildungssenator in Berlin ist der frühere stellvertretende SPD-Landesvorsitzende in Bayern, Peter Glotz,

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
11.7.1978

(Abschrift)

EINE GRÜNDLICHE DESAVOUIERUNG DER SPD

Zum Leserbrief von Peter Glotz "Kein Anstoß an Kraftsprüchen" in der SZ vom 19.7.:
Als verantwortlicher Schreiber des Briefes an die bayerischen SPD-Abgeordneten, der den "Fall Oberreuter" hervorgerufen hat, halte ich einige Berichtigungen zum Leserbrief vom Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung, Peter Glotz, in der SZ vom 19.7. "Kein Anstoß an Kraftsprüchen" für dringend notwendig:
1.) Glotz unterstellt mir und den anderen Gymnasiallehrern zynisch, wir hätten "Zitate" von Herrn Oberreuter "irgendwo herausgefischt und der Öffentlichkeit mit spitzen Fingern präsentiert"; richtig ist, daß wir von den "peinlichen Entgleisungen" (Minister Maier im Landtag) Oberreuters so betroffen waren, daß wir bewußt den Landtag und nicht die Presse einschalten wollten, weil einzig der Landtag das adäquate Gremium ist, Vertreter der kultusministeriellen Exekutive zu kontrollieren.
2.) Glotz rühmt, Herr Oberreuter sei ein "exzellenter Wissenschaftler" und ein "ansonsten untadeliger Mann", der "an solchen Kraftsprüchen nicht Schaden nehmen darf"; nach Beurteilung der Briefschreiber disqualifizieren die unwissenschaftlichen und undemokratischen "Kraftsprüche" Oberreuters ihn in der Tat als Wissenschaftler, als Lehrplankonstrukteur für die Kollegstufe und als Referenten für die gymnasiale Lehrerfortbildung.
3.) Glotz bestreitet den deutlichen Zusammenhang zwischen der unterlassenen parlamentarischen Initiative der SPD-Fraktion und der Berufung Oberreuters nach Berlin und unterstellt dem Redakteur Michael Stiller "eine fragwürdige Verkür-

zung des Tatbestands"; richtig ist, daß mir zwei Dankesbriefe der MdL Seibel und Langenberger sowie 5 schon offiziell formulierte Anfragen der SPD-Landtagsfraktion an Kultusminister Maier vorliegen. Diese geharnischten Anfragen der SPD sind erst in letzter Sekunde gestoppt worden, weil sich der wissenschaftliche Assistent der SPD-Fraktion plötzlich an die durch Glotz gestützte Berliner Berufung Oberreuters erinnerte. Die SPD Bayerns wollte durch ihre Anfragen nicht den Berliner SPD-Senator Glotz desavouieren, telephonische Mitteilung der MdL Seibel als Begründung für den überraschenden Rückzug der Anfragen. Diese unterbliebene Desavouierung hat Glotz mit seinem Leserbrief selbst gründlich nachgeholt.

Hartmut Castner
Am Heckacker 38
8501 Kalchreuth

DER TAGESSPIEGEL DONNERSTAG, 20. JULI 1978

Glotz steht zur Berufung

Münchner Dozent gab problematische Äußerung von sich

An das Otto-Suhr-Institut der FU soll im Bereich der Innenpolitik ein 35jähriger Assistent des Politologieprofessors und bayerischen Kultusministers Maier berufen werden, der bei einer Fortbildungsveranstaltung für Gymnasiallehrer in Tutzing geäußert haben soll, er sei geneigt, „Konzentrationslager für Bundestagsabgeordnete einzurichten", die mit falschen Informationen über den Bundestag das politische System kaputt machten. Im bayerischen Landtag ist dieser Fall bereits zur Sprache gekommen. Nach Darstellung der bayerischen Regierung ist der Fall so einzuschätzen: Der Assistent Dr. Oberreuter habe dreieinhalb Stunden über Fragen des demokratischen Parlamentarismus referiert und diskutiert; dabei habe er den Bundestag gegen unhaltbare Kritik in Schutz genommen. Oberreuter habe noch in Tutzing seine umstrittene Äußerung klargestellt und sich entschuldigt. Bei der positiven Grundeinstellung Oberreuters zum demokratischen Parlamentarismus könne nicht der geringste Zweifel bestehen, daß es sich hier nicht um eine Frage der politischen Haltung, sondern der Formulierungsdisziplin gehandelt habe.

Dr. Oberreuter war auf Platz drei einer Berufungsliste über den Parlamentarismus gesetzt und von Senator Glotz ausgewählt worden, weil im Bereich der Innenpolitik bisher Vertreter des demokratischen Sozialismus dominierten und er im Rahmen der Pluralismuspolitik bei den Berufungen auch einen konservativen Vertreter dort haben wollte. Am 22. Mai ging der Ruf an Dr. Oberreuter hinaus, am 26. Mai nahm Oberreuter die Berufung auf die AH 4-Professur an. Erst am 10. Juni, erklärte Glotz, habe er von bayerischen Sozialdemokraten erfahren, welche Äußerungen Dr. Oberreuter am 27. April in Tutzing getan hatte. Senator Glotz äußerte, nachdem er gestern mit Oberreuter und Vertretern des Fachbereichs politische Wissenschaft gesprochen hatte, er wolle den Ruf an Dr. Oberreuter nicht zurückziehen. Er lasse sich dabei davon leiten, daß man „Leute nicht an Zitaten aufhängen darf, sondern deren Gesamtpersönlichkeit würdigen muß". Er versuche sich in diesem Fall genauso zu verhalten wie bei den Berliner Herausgebern des „Buback-Nachrufs", deren gesamte Haltung er auch berücksichtigt habe bei der Prüfung der Frage, ob er Disziplinarverfahren einleiten solle oder nicht.

Die Professoren Ansprenger und Huber als Vorsitzende des Fachbereichsrats, Professor Vilmar als Direktor der Wissenschaftlichen Einrichtung Innenpolitik und FU-Vizepräsident Professor Heckelmann hätten nach den Erläuterungen, die Dr. Oberreuter gegeben habe, nicht mehr den früheren Rat des Fachbereichsrats aufrecht erhalten, daß Dr. Oberreuter den Ruf nicht annehmen solle bzw. daß Senator Glotz den Ruf rückgängig machen solle, wenn keine überzeugende Klärung möglich sei. Oberreuter habe eine ausführliche schriftliche Erläuterung seiner Äußerungen angekündigt. Der „Süddeutschen Zeitung" gegenüber hatte Oberreuter das Wort Konzentrationslager damit erklärt, er habe an seine Schulzeit gedacht, als es Konzentrationszimmer für Abiturienten gegeben habe, in denen sie ihr Wissen vertiefen sollten.

Glotz wies weiter darauf hin, daß die Erteilung eines Rufes als begünstigender Verwaltungsakt zu werten sei, dessen Rücknahme nur bei Täuschung oder Erschleichung möglich sei. Rechtlich noch nicht geklärt ist die Frage, wann eigentlich eine Berufung erfolgt ist, denn die Berufungsurkunde ist an Oberreuter noch nicht ausgehändigt worden. Glotz schloß es nicht aus, daß von linken Studenten der Fall Oberreuter zum Anlaß von Unruhen genommen werden könne. Hätte er die Äußerungen rechtzeitig gekannt, so hätte er Oberreuter nicht berufen. Dr. Oberreuter hatte im Jahr 1974 vom bayerischen Landtag einen Preis für eine seiner wissenschaftlichen Arbeiten erhalten. U. S.

19.7.1978

Entschließung des FBR 15

Der Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin ist der entschiedenen und einmütigen Auffassung, daß Herr Dr. Oberreuter durch die von ihm bekannt gewordenen ("Süddeutsche Zeitung" vom 11.7.1978), bisher nicht dementierten Äußerungen tiefgehende Zweifel erweckt hat, ob er moralisch wie fachlich qualifiziert ist, eine Professur für Parlamentarismus zu übernehmen.

Unter keinen Umständen können derartige Äußerungen als "fahrlässige Kraftsprüche" verharmlost werden, wie dies geschehen ist.

Wir erklären demgegenüber:

1. Mit dem Begriff des "Konzentrationslagers" verbindet sich in der politologischen Reflexion die tiefste Selbsterniedrigung, Entwürdigung und Selbstzerstörung deutscher Politik und die Erinnerung an den Mord an vielen Millionen Menschen. Es ist für einen fachlich zuständigen Hochschullehrer unverzeihlich, diesen Begriff - in einem wie übertragenen oder unbedachten Sinne auch immer - heute noch oder wieder affirmativ zu verwenden.

2. Die nationalsozialistische Machtergreifung und das Dritte Reich stehen für jeden Demokraten der westlichen Welt als historische Erfahrung der systematischen Liquidierung der Demokratie in Deutschland da. Sie können nicht als "Betriebsunfall" verharmlost werden; vielmehr haben sie in unheilvollen Traditionen der deutschen Politik und Gesellschaft ihre klar

angebbaren Ursachen, deren Verharmlosung auch heute immer noch verhängnisvolle Folgen haben kann, deren kritische Aufklärung daher eine zentrale Aufgabe von Politikwissenschaft sein muß.

3. Die Disqualifizierung von kritischen Parlamentariern als Nestbeschmutzern ist eine Herabsetzung des Parlamentarismus selbst. Der Topos des Nestbeschmutzers und die Herabsetzung kritischer Parlamentsarbeit gehören selbst zu den zentralen Klischees nationalsozialistischer Diffamierung der parlamentarischen Demokratie. Eine solche Einschätzung nährt den Verdacht, daß Oberreuter ein demokratiefremdes, nämlich autoritäres Verständnis von parlamentarischer Arbeit hat.

Insgesamt verraten die Äußerungen Oberreuters eine verfassungsferne, zentrale Grundnormen und -erkenntnisse politischer Wissenschaft offen mißachtende Geisteshaltung. Sie ist keineswegs mit irgendeiner Ausprägung konservativen Demokratieverständnisses vereinbar.

Falls Herr Oberreuter die in den vorstehenden Abschnitten formulierten Vorwürfe und Zweifel nicht überzeugend entkräften kann, fordert der Fachbereichsrat ihn auf, den an ihn ergangenen Ruf nicht anzunehmen.

Notfalls erwarten wir vom Senator für Wissenschaft und Forschung, daß er von sich aus den Ruf rückgängig macht.

Abschließend weist der Fachbereichsrat darauf hin, daß die Ernennung Oberreuters, falls die hier formulierten Vorwürfe und Zweifel nicht entkräftet werden, einen Konflikt an der FU vorprogrammieren würde, der alle gemeinsamen Bemühungen um Konsolidierung und kollegiale Zusammenarbeit

an der FU erneut in Frage stellen müßte.

B e s c h l o s s e n
vom Fachbereichsrat
des FB 15 am: 19.7.78
Abst. Ergebnis: einst.
(11:0:0 in namentl. Abstimmung)

(Abschrift)
Dr. Heinrich Oberreuter
c/o GSI
Ludwigstraße 10 8 München 22,20.7.1978

An den Vorsitzenden
des Fachbereichsrates
Politische Wissenschaft
Herrn Prof. Dr. Ansprenger

Ihnestr. 21
1 Berlin 33

Sehr geehrter Herr Ansprenger,

zur Entschließung des FBR 15 vom 19.7.1978 möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

1. Mit dem FBR stimme ich voll darin überein, daß weder nationalsozialistische Machtergreifung noch nationalsozialistische Diktatur, die bedrückendsten Erfahrungen unserer Geschichte, verharmlost werden dürfen. Ich füge hinzu, daß ich, entsprechend der Tradition der Phase seiner Wiederbegründung in Deutschland, eine zentrale Aufgabe unseres Faches darin sehe, dazu beizutragen, daß sich diese Geschichte nicht wiederholt. Daher gilt es, das gesamte Bündel von Faktoren, die damals zum Verfall des Rechtsstaates und zur Gewaltherrschaft führten, in unserer Arbeit ständig mitzubedenken. Um nur die wichtigsten zu nennen: totalitäre Ideologien und ihre institutionelle Gerinnung zur Diktatur, obrigkeitsstaatliches Denken und Untertanengeist, ständestaatliche Konzeptionen und

und "Gemeinschafts"ideologien, "Sehnsucht nach Harmonie" und Konfliktscheue, Antiparlamentarismus und Antiparteienaffekt, arroganter Imperialismus - verbunden mit dem Sonderbewußtsein von der Höherwertigkeit eigener Ordnungskonzeptionen -, Diskriminierung von Gruppen und Minderheiten, Rassismus und Militarismus, soziale Ungerechtigkeit und Verachtung des Individuums und seiner Freiheit; schließlich: Feindschaft gegenüber der Demokratie. In der Tat haben keineswegs nur institutionelle Faktoren zum Untergang der Weimarer Republik geführt. Sie hätte sich sicher auch mit ihrer defizitären Verfassungskonstruktion verwirklichen lassen - wie zu Beginn unter Ebert; ohne Demokratieverständnis und ohne Demokraten war sie letztlich zum Untergang verurteilt. Wie in den fünfziger Jahren, so ist auch heute noch eine der Aufgaben unseres Faches und besonders der politischen Bildung , einen Beitrag zu leisten zu demokratiekonformen Korrekturen unserer politischen Kultur. Wenn man in einer konkreten Diskussionssituation auf die institutionellen Faktoren hinweist, bedeutet das keinesfalls, daß deswegen die anderen übersehen werden, die die wichtigeren waren. Jedenfalls zwingt die bittere historische Erfahrung uns geradezu, mitzuwirken an der ständigen Umsetzung des Grundgesetzes in Realität - des Grundgesetzes, das als Angebot einer pluralen, rechts- und sozialstaatlichen Demokratie zu verstehen ist, welche die Würde und Freiheit des Menschen ins Zentrum rückt.

Ich stimme dem Fachbereichsrat auch darin zu, daß derart historisch belastete Begriffe nicht gebraucht werden sollten. Soweit mir dies unterlaufen ist, geschah es nicht in der historisch vorbelasteten Intention.

Gleichwohl habe ich mich unmittelbar an Ort und Stelle korrigiert, distanziert und entschuldigt.

2. Ohne Frage haben Parlamentarier eine kritische Funktion. Ihr Amt wird geradezu durch diese Funktion konstituiert, handelt es sich um Oppositionsabgeordnete oder auch um solche der regierenden Mehrheit. Diese Kritik muß auch in der Selbstreflexion über die Bedingungen, Modalitäten und Durchsetzungschancen parlamentarischer Arbeit Ausdruck finden - gerade unter den Zwängen heutiger Parlamentsarbeit.Sie ist Voraussetzung dafür, daß Parlamente jene notwendige Wandlungsfähigkeit entwickeln, die sie erst in die Lage versetzt, den politischen und sozialen Wandel mitzusteuern. Ein angepaßtes, unkritisches Parlament kann niemand wünschen. Ich meine allerdings auch, daß Parlamentarier sich selbst gegenüber kritisch sein sollten. Denn die Zukunft des Parlamentarismus und seine Glaubwürdigkeit kann nur durch sie selbst und durch ihre offensive Verteidigung der Grundlagen eben dieses Parlamentarismus gewonnen werden - gerade angesichts unserer politischen Kultur.
Demokratischer Parlamentarismus muß immer kommunikativer Parlamentarismus sein; d.h. in diesem Zusammenhang: er muß die Fähigkeit zum Dialog mit der Kritik von außen ebenso entwickeln wie die Fähigkeit zur Selbstkritik.
Ich glaube nicht, daß hier ein Dissens zwischen meiner Position und der des FBR besteht.

Mit freundlichen Grüßen

Streit um Oberreuter geht weiter

Widerstand am Otto-Suhr-Institut der FU gegen die Berufung

Am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität läuft zur Zeit eine Unterschriftensammlung mit dem Ziel, FU-Präsident Lämmert aufzufordern, die Urkunde zur Ernennung Dr. Oberreuters zum Professor nicht zu unterschreiben. Die Initiatoren der Unterschriftensammlung aus der Sozialistischen Assistentenzelle (SAZ) und der linken studentischen Initiative nehmen Anstoß an Äußerungen des Assistenten am Institut für politische Wissenschaft der Münchner Universität, Oberreuter, der vor Lehrern unter anderem gesagt hatte, er sei geneigt, „Konzentrationslager für Bundestagsabgeordnete einzurichten", die mit falschen Informationen über den Bundestag das politische System kaputtmachten.

Senator Glotz, der diese Äußerung als „unentschuldbar" und „töricht" bezeichnet, aber dennoch Dr. Oberreuter für keinen Faschisten hält und ihn nicht an Zitaten „aufhängen" will, hat erklärt, daß er an der Berufung von Oberreuter auf eine Professur für Parlamentarismus festhalten will. Er stützt sich dabei auf den Gesamteindruck aus Schriften und Erklärungen Oberreuters, auf positive Stellungnahmen von sozialdemokratischen Wissenschaftlern, des bekannten Politologen Professor Sontheimer und des bayerischen Kultusministers Maier, die übereinstimmend erklären, daß Dr. Oberreuter keinesfalls zu rechtsextremen oder faschistischen Überlegungen neige. Auch die bayerische FDP, die in einer Kleinen Anfrage eine Stellungnahme von der bayerischen Regierung zu den Äußerungen von Dr. Oberreuter verlangt hatte, hat inzwischen nach Erklärungen von Kultusminister Maier und Dr. Oberreuter „die Angelegenheit für erledigt" erklärt. Die FDP wertete die Äußerungen Oberreuters jetzt lediglich als „unbedacht".

Schriftliche Stellungnahme

Dr. Oberreuter hat inzwischen auf Aufforderung des Fachbereichsratsvorsitzenden des Otto-Suhr-Instituts schriftlich zu seinen Äußerungen Stellung genommen: Er stimme mit dem Fachbereichsrat voll darin überein, erklärte Oberreuter, daß weder nationalsozialistische Machtergreifung noch nationalsozialistische Diktatur als die bedrückendsten Erfahrungen unserer Geschichte verharmlost werden dürften. Er sehe es als zentrale Aufgabe der politischen Wissenschaft an, dazu beizutragen, daß diese Geschichte sich nicht wiederhole. In der Erkenntnis, daß ohne Demokratie-Verständnis und ohne Demokraten die Weimarer Republik letztlich zum Untergang verurteilt gewesen sei, wolle er an der ständigen Umsetzung des Grundgesetzes in der Bundesrepublik mitwirken. Oberreuter äußert seine Übereinstimmung mit dem Fachbereichsrat, daß derart historisch belastete Begriffe wie Konzentrationslager bejahend nicht gebraucht werden sollen. Soweit ihm dies unterlaufen sei, sei dies nicht in der historisch vorbelasteten Absicht erfolgt. Gleichwohl habe er unmittelbar vor den Lehrern in Tutzing diese Äußerung korrigiert und sich für sie entschuldigt.

Diese Antwort halten bisher fünf Mitglieder des 14köpfigen Fachbereichsrats des Otto-Suhr-Instituts für nicht ausreichend. Es handelt sich um Professor Altvater und die beiden Angehörigen der Sozialistischen Assistentenzelle Pfüller und Dr. Wagner und zwei Studentenvertreter. Sie sind der Ansicht, daß Dr. Oberreuter nicht einmal verstanden habe, was den Skandal seiner Formulierung ausmache. Wenn Oberreuter meine, diese Begriffe seien ihm lediglich unterlaufen, inwieweit unterscheide sich dann seine Stellungnahme von derjenigen der Bundeswehroffiziere, die sich bei ihren neonazistischen Äußerungen ebenfalls darauf berufen und dazu noch unter Alkoholeinfluß gestanden hätten und völlig zu Recht vom Dienst suspendiert worden seien.

Pfüller von der Sozialistischen Assistentenzelle und Vertreter der studentischen Initiativgruppe kritisierten gegenüber dem Tagesspiegel, daß sich die drei Vertreter des Fachbereichs, die Professoren Ansprenger, Huber und Vilmar wie zu Zeiten der alten Ordinarienuniversität verhalten hätten, als sie nach einem Gespräch mit Senator Glotz und Dr. Oberreuter die vorherigen Bedenken des Fachbereichsrats gegen die Berufung Oberreuters nicht mehr aufrecht erhalten hätten, vorbehaltlich einer weiteren klärenden Stellungnahme Oberreuters. Damit sei der Grundkonsens am Otto-Suhr-Institut gefährdet, der seit Jahren darin bestehe, daß Fragen, die den ganzen Fachbereich beträfen, ausdiskutiert und nicht durch Minderheiten vorentschieden würden. Vor einer Erklärung, daß die Zweifel an der Qualifikation Oberreuters überzeugend entkräftet werden, hätte der ganze Fachbereichsrat erneut gehört werden müssen. Im übrigen sei zu befürchten, daß durch die Berufung Oberreuters das Klima am Otto-Suhr-Institut verschlechtert werde und Konfrontationen entstünden, wie es sie seit Jahren nicht mehr gegeben habe.

Glotz: Keine Lehrstuhlvertretung

Senator Glotz hat inzwischen Vermutungen als gegenstandslos bezeichnet, daß sich Dr. Oberreuter durch einen Ruf auf eine Professur in Berlin als Nichthablilitierter die Gelegenheit habe verschaffen wollen, eine Lehrstuhlvertretung von Kultusminister Maier an der Münchner Universität wahrnehmen zu können. Ein entsprechender Antrag des Instituts in München sei vom dem dortigen Fachbereichsrat abgelehnt worden. Dr. Oberreuter habe ihm erklärt, daß er die Lehrstuhlvertretung auch gar nicht übernehmen wollte. Glotz setzte hinzu, es sei nicht seine Absicht gewesen, Kultusminister Maier mit der Berufung Oberreuters eine Lehrstuhlvertretung zu verschaffen.

U. S.

"Tagesspiegel", Fr., 28. 7. 1978





Zwei Leserbriefe aus dem "TAGESSPIEGEL" v. 30.7.78

BERUFUNG OBERREUTERS



In Nr. 9977 berichteten Sie über die Berufung von Dr. Oberreuter aus München auf eine Professorenstelle am FB 15 der FU vom 3. Platz einer Berufungsliste durch Senator Glotz. Von Oberreuter waren Äußerungen wie, er sei geneigt, "Konzentrationslager für Bundestagsabgeordnete einzurichten, die mit falschen Informationen über den Bundestag das politische System kaputt machten", bekannt geworden. Der Fachbereichsrat

des FB 15 hatte wegen dieser Äußerungen in einer einstimmig angenommenen Resolution vom 19. Juli Dr. Oberreuter aufgefordert, die an ihn ergangene Berufung nicht anzunehmen. In einem Gespräch von FB-Vertretern mit Glotz und Oberreuter war die Zurücknahme dieser Aufforderung von einer ausführlichen Erklärung Oberreuters abhängig gemacht worden. Die inzwischen eingetroffene schriftliche Äußerung Oberreuters ist dazu in keiner Weise geeignet, da sie lediglich allgemeine Erklärungen zum Wesen nationalsozialistischer Diktatur und ein formales Bekenntnis zum Parlamentarismus enthält, jedoch nicht auf die konkreten Vorwürfe gegen Oberreuter wegen seiner skandalösen Äußerungen eingeht. Wir sind daher nach wie vor der Meinung: Wer als Politologe das Wort Konzentrationslager mit seiner bekannten Geschichte in dieser saloppen Art benutzt und es dann nicht so gemeint haben will, hat sich wissenschaftlich und moralisch bereits disqualifiziert. Selbst wenn man Oberreuters Statement, er habe dabei eigentlich an"Konzentrationszimmer" in der Schule gedacht, akzeptieren wollte, wird deutlich, daß für Oberreuter immer noch die Art von Schule "guter" deutscher Tradition als Wunschbild besteht, in deren Konzentrationszimmern den Schülern das Rückgrat gebrochen wurde und die Vorbedingungen für den "autoritären Charakter" geschaffen wurden, der laut Adorno den Faschismus in den Individuen erst ermöglicht hat. Die Argumentation von Glotz, man dürfe "Leute nicht an Zitaten aufhängen", sondern müsse "deren Gesamtpersönlichkeit würdigen", die er sowohl auf die Buback-Nachruf -Dokumentaristen als auch auf Oberreuter bezieht, zeigt die historische Unfähigkeit der Sozial-

demokratie, sich gegen die Gefährdung der Demokratie von rechts zu wehren. Wo die Buback-Nachruf-Dokumentaristen unterdrückter Meinung zur Veröffentlichung verhalfen, waren Strafverfahren die Folge. Für Dr. Oberreuter erfolgt eine Berufung als Professor, obwohl er faschistische Methoden der Disziplinierung für Bundestagsmitglieder (Professor Lohmar) empfielt, die sich kritisch mit den Funktionsschwächen des deutschen Bundestages geäußert haben. Wir fragen uns, ob Senator Glotz tatsächlich der Meinung ist, daß jemand wie Oberreuter mit seinem Verhältnis zu Demokratie- und Meinung - beziehungsweise Wissenschaftsfreiheit geeignet ist, die Vorzüge des parlamentarischen Systems an der Hochschule zu vertreten, beziehungsweise ob Glotz es für richtig hält, durch seine Berufungspolitik den Pluralismus am Otto-Suhr-Institut auch auf Vertreter solcher Denkansätze auszuweiten, die faschistoide Äußerungen dieser Art zulassen.

Elmar Altvater, Matthias Pfüller, Wolf Wagner, Berlin Dahlem (als Mitglieder des Fachbereichsrates für die Sozialistische Assistentenzelle am OSI), Robert Brammer, Hanne Daum, Renate Gunzenhauser, Willi Großmann, Berlin Dahlem (als Studenten des Fachbereichs 15 der FU)

(2)

Ihre sehr verdienstvolle Berichterstattung (Glotz steht zur Berufung, Nr. 9977) über die Berufung von Dr. Oberreuter an den Fachbereich 15 (Politische Wissenschaft) der FU ist in einem sehr wesentlichen Punkt unvollständig. Der zuständige Fachbereich nämlich hat einstimmig und namentlich eine von den Professoren Jänicke,

Ansprenger und Vilmar formulierte Stellungnahme zu den Äußerungen des designierten Professors Oberreuter gebilligt. In dem Gespräch, das anschließend mit Oberreuter stattfand, wurde von den Vertretern des Fachbereichs sehr entschieden darauf hingewiesen, daß eine wirkliche "Bereinigung" des Falls nur dann möglich sei, wenn in nächster Zeit von Oberreuter sehr präzise Aussagen vorgelegt werden, die die schwerwiegenden Zweifel an seiner Qualifikation zu zerstreuen vermögen. In der Entschließung heißt es, daß der Fachbereich unter keinen Umständen bereit ist, Äußerungen wie die Oberreuters als "fahrlässige Kraftsprüche" zu verharmlosen. Wir erklären demgegenüber: "Mit dem Begriff des Konzentrationslagers verbindet sich in der politologischen Reflexion die tiefste Selbsterniedrigung, Entwürdigung und Selbstzerstörung deutscher Politik und die Erinnerung an den Mord an vielen Millionen Menschen. Es ist für einen fachlich zuständigen Hochschullehrer unverzeihlich, diesen Begriff - in einem wie übertragenen Sinne auch immer - heute noch oder wieder affirmativ zu verwenden. Die nationalsozialistische Machtergreifung und das Dritte Reich stehen für jeden Demokraten der westlichen Welt als historische Erfahrung der systematischen Liquidierung der Demokratie in Deutschland. Sie können nicht als "Betriebsunfall" verharmlost werden; vielmehr haben sie in unheilvollen Traditionen der deutschen Politik und Gesellschaft ihre klar angebbaren Ursachen, deren Verharmlosung auch heute noch immer verhängnisvolle Folgen haben kann, deren kritische Aufklärung daher eine zentrale Aufgabe von Politikwissenschaft sein muß. Die Disqualifizierung von kritischen Parlamentariern als Nestbeschmutzern ist eine Herabsetzung des Parlamentarismus selbst. Der Topos des Nestbe-

schmutzers und die Herabsetzung kritischer Parlamentsarbeit gehören selbst zu den zentralen Klischees nationalsozialistischer Diffamierung der parlamentarischen Demokratie. Eine solche Einschätzung nährt den Verdacht, daß Oberreuter ein demokratiefremdes, nämlich autoritäres Verständnis von parlamentarischer Arbeit hat. Insgesamt verraten die Äußerungen Oberreuters eine verfassungsferne, zentrale Grundnormen und -erkenntnisse politischer Wissenschaft offen mißachtende Geisteshaltung. Sie ist keineswegs mit irgendeiner Ausprägung konservativen Demokratieverständnisses vereinbar. Falls Herr Oberreuter die in den vorstehenden Abschnitten formulierten Vorwürfe und Zweifel nicht überzeugend entkräften kann, fordert der Fachbereichsrat ihn auf, den an ihn ergangenen Ruf nicht anzunehmen."
Um irrationalen Auseinandersetzungen zuvorzukommen, wird der Fachbereich zu Beginn des Wintersemesters außerdem zu einer universitätsöffentlichen Disputation mit Herrn Oberreuter einladen, innerhalb derer in aller Ausführlichkeit seine wissenschaftlichen Auffassungen zur Entstehung des deutschen Faschismus, zum Parlamentarismus und zur innerparlamentarischen Kritik zur Kenntnis genommen und diskutiert werden sollen.

Professor Dr. Fritz Vilmar, Berlin-Dahlem, Geschäftsführender Direktor der WE III des Fachbereichs Politische Wissenschaft der FU

Beschluß des Fachbereichsrats des Fachbereich 15
zum TOP:

Berufung Dr. Oberreuter

Sitzung am 20. Sept. 1978

---

1. Die Stellungnahme Herrn Oberreuters vom 20.7.1978 zur Entschließung des Fachbereichsrats des FB 15 vom 19.7.1978 vermag nicht überzeugend alle Zweifel daran zu beseitigen, ob Herr Oberreuter das Problembewußtsein und die damit verbundene Sensibilität bezüglich des Nationalsozialismus besitzt, die von einem Hochschullehrer der Politikwissenschaft erwartet werden dürfen.
   (Abstimmung: 12:1:0)
2. In Anbetracht der jetzt gegebenen Sachlage fordert der Fachbereichsrat den Präsidenten der Freien Universität Berlin daher auf, die Ernennung von Herrn Dr. Oberreuter zum Hochschullehrer am Fachbereich 15 auch weiterhin nicht zu unterzeichnen, um dem Senator für Wissenschaft und Forschung erneut Gelegenheit zu geben, seine Entscheidung für diese Berufung zu revidieren.
   (Abstimmung: 13:0:0)
3. Der Fachbereichsrat gibt erneut und verstärkt seiner Befürchtung Ausdruck, daß die Ernennung eine den Fachbereich schwer belastende, weil nicht zu verarbeitende und falsche Fronten provozierende Polarisierung nach sich ziehen würde.
   (Abstimmung: 13:0:0)

Gesamtabstimmung: 13 : 0 : 0

(Abschrift)

Prof. Dr. Eberhard Grabitz
Prof. Dr. Hannelore Horn
Prof. Dr. Alexander Schwan
Prof. Dr. Gesine Schwan
Prof. Dr. Helmut Wagner

Berlin 33, den 26.9.78
Ihnestr. 21
Fachbereich 15

An den
Präsidenten der FU Berlin
Herrn Professor Dr. Eberhard Lämmert

Altensteinstr. 40
1000 Berlin 33

Betr.: Ernennung von Herrn Dr. Heinrich Oberreuter zum Professor
Beschluß des FBR des FB 15 vom 20.9.1978

Sehr geehrter Herr Präsident,

Mit Befremden haben wir den Beschluß des Fachbereichsrats des Fachbereichs 15 vom 20.9.1978 bezüglich der Ernennung von Herrn Dr. Oberreuter zur Kenntnis genommen. Um dem falschen Eindruck der Einheitlichkeit, den dieser Beschluß über die Haltung des Fachbereichs erweckt, zumindest in Bezug auf die Meinung der Hochschullehrer entgegenzutreten, möchten wir Ihnen unsere Auffassung zu diesem Fall wie folgt erläutern:

1. Wir stimmen dem 1. Punkt des FBR-Beschlusses nicht zu. Sowohl die Stellungnahme von Herrn Dr. Oberreuter vom 20.7.1978 als auch vor allem seine wissenschaftlichen Arbeiten, in denen er vorbehaltlos für die parlamentarische und pluralistische Demokratie eintritt, zeigen u.E. ein-

deutig, daß der Fachbereich nicht berechtigt ist, Zweifel an Herrn Oberreuters "Problembewußtsein" und an seiner "Sensibilität bezüglich des Nationalsozialismus" zu hegen.

2. Der dritte Punkt des FBR-Beschlusses deckt auf, daß die Fachbereichratsmitglieder in Wahrheit die Ernennung von Herrn Oberreuter nicht deshalb ablehnen, weil sie ihm wirklich nationalsozialistisches oder antidemokratisches Gedankengut unterstellen könnten. Vielmehr ist die Formulierung, es entstünden durch die Ernennung von Herrn Oberreuter "falsche Fronten", dahingehend zu interpretieren, daß man gegen die als konservativ eingeschätzte politische Position von Herrn Oberreuter mit einem vorgeschobenen Verdacht, nämlich dem seiner angeblichen Nähe zum Nationalsozialismus, vorgeht. Eine "falsche Front" entsteht dann dadurch, daß eine konservative Position als faschistisch denunziert wird und politisch nicht konservativ eingestellte Kollegen aus Gründen demokratischer Fairness sich verpflichtet fühlen, für die Berechtigung dieser Position einzutreten, auch wenn sie sie inhaltlich nicht teilen. Dieses demokratische Verhalten ist nun allerdings in unserer Sicht ein selbstverständliches Gebot, dem der Fachbereich sich nicht entziehen darf. Es bedeutete ein Armutszeugnis für ihn und für die FU insgesamt, wenn sie sich nicht in der Lage sähen, einer Diffamierungskampagne gegen einen Kollegen standzuhalten. Verträte Herr Oberreuter wirklich auch nur annähernd nationalsozialistische oder antidemokratische Positionen, so könnten und dürften gar keine "falsche Fronten" entstehen. Keiner von uns würde sich in diesem Fall für die Er-

nennung von Herrn Oberreuter einsetzen.

3. Der Vorwurf, Herr Oberreuter zeige gegenüber dem Nationalsozialismus nicht genügend Sensibilität, erscheint unter diesen Umständen als ein Vorwand, um einen politisch unbequemen Kollegen von Berlin fernzuhalten. Die politische und moralische Hypothek des Nationalsozialismus ist aber zu schwerwiegend, als daß es erlaubt sein könnte, ihn als Vorwand in gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen zu benutzen.

4. Wir halten es daher für geboten, um den demokratischen Ruf des FB 15 und der FU nicht zu schädigen, Herrn Oberreuter entsprechend den rechtlich vorgesehenen Verfahren zu ernennen.

Mit freundlichen Grüßen, auch im Namen der Kollegen Eberhard Grabitz, Hannelore Horn, Alexander Schwan und Helmut Wagner

Ihre

(Gesine Schwan)

Durchschrift an
den FBR-Vors. des FB 15, Herrn Prof. Ansprenger
den Senator für Wissenschaft und Forschung,
Herrn Dr. Glotz



FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Fachbereich
Politische Wissenschaft (FB 15)
Institut für Innenpolitik und Komparatistik (WE 3)
Prof. Dr. Fritz Vilmar
Ass. Prof. Matthias Pfüller
Freie Universität Berlin,
FB 15, WE 3, Ihnestr. 22, 1000 Berlin 33

An den
Fachbereichsrat des FB 15
z. Hd. Herrn Prof. Ansprenger

durch Fach

Auszug

12.10.78

Betr.: Beurteilung der fachlichen Eignung von Herrn Dr. Oberreuter aufgrund von inzwischen bekanntgewordenen Äußerungen.

Die Unterzeichneten schließen sich der von den Herren Pfüller und Vilmar erarbeiteten wissenschaftlichen Einschätzung von in der letzten Zeit bekanntgewordenen Äußerungen Dr. Oberreuters an und bitten den Fachbereichsrat, sie an den Präsidenten der FU weiterzuleiten.

Beurteilung der fachlichen Eignung von Herrn Dr. Oberreuter

Der Präsident der FUB hat dem Fachbereich 15 am 16. August d.J. mitgeteilt, nach seiner Auffassung sei "für die Beurteilung der fachlichen Eignung" von Dr. Oberreuter "vorrangig der Fachbereichsrat zuständig".

Aufgrund von Äußerungen Dr. Oberreuters, die nach dessen Berufung bekannt wurden, und aufgrund der völlig unzulänglichen Aussagen in der Stellungnahme, die der Fachbereichsrat von Oberreuter erbeten hat, um die bereits am 19. Juli in einer Entschließung ihm gegenüber formulierten Vorwürfe und Zweifel überzeugend zu entkräften, stellt der Fachbereichsrat nunmehr fest, daß nach seiner Auffassung die fachliche Eignung Dr. Oberreuters nicht gegeben ist. Wir weisen dabei ausdrücklich darauf hin, daß es nicht Aufgabe des Fachbereichsrats sein kann, zu prüfen, ob die im folgenden vorgetragenen Gründe für dieses Urteil den "Wegfall eines Eignungsmerkmals" (gemäß Brief des Präsidenten v.9.10.78) im juristischen Sinne begründen; dies ist bekanntlich letzten Endes eine wissenschaftlich-politische Ermessensfrage, die nunmehr allein auf der für die jetzt ausstehende Entscheidung verantwortlichen Ebene entschieden werden kann.

I. Oberreuters "Erläuterungen" zu seinen Tutzinger Aussagen

In seiner Entschließung vom 19. Juli hat der Fachbereichsrat fast einstimmig schwerwiegende Zweifel an der wissenschaftlichen Qualifikation von Dr. Oberreuter zum Ausdruck gebracht, nachdem von diesem - unwidersprochen - Äußerungen aus einem Seminar für Gymnasiallehrer publiziert wurden, die unseres Erachtens teilweise wissenschaftlich unhaltbar, teilweise aber, und vor allem, politisch-ethisch äußerst bedenklich erschienen. Herr Oberreuter wurde - nach einem gemeinsamen Gespräch bei und mit Herrn Senator Glotz - vom Fachbereichsratsvorsitzenden gebeten, zu den

berichteten Äußerungen Stellung zu nehmen.

Wir stellen fest, daß die mit Schreiben Oberreuters vom 20.Juli eingegangene 1 1/2seitige (!) Stellungnahme unseres Erachtens in keiner Weise geeignet ist, die vom Fachbereichsrat präzise begründeten Zweifel an seiner Qualifikation auszuräumen.

<u>1. Zur Darstellung des Nationalsozialismus als "Betriebsunfall"</u>

Herr Oberreuter hat zwar in seinem Schreiben ein "Bündel von Faktoren" genannt, das nach seiner Meinung zum Nationalsozialismus führte. Mit keinem Satz jedoch erklärt Oberreuter, wieso er dann gleichwohl - einem verbreiteten Verharmlosungs-Sprachgebrauch folgend! - den Nationalsozialismus als "Betriebsunfall" wegen der Unzulänglichkeit bestimmter staats- und verfassungsrechtlicher "Organisationsnormen" bezeichnen konnte. Er vermeidet es, auf diese Frage überhaupt einzugehen. Stattdessen trifft er die allgemeine Feststellung:

> Wenn man in einer konkreten Diskussionssituation auf die institutionellen Faktoren hinweist, bedeutet das keinesfalls, daß deswegen die anderen übersehen werden, die die wichtigeren (!) waren.

Dieser Satz jedoch erläutert oder rechtfertigt in keiner Weise seine ursprüngliche Rede vom Nationalsozialismus als Betriebsunfall - er steht zu ihr in diametralem Gegensatz. Denn <u>jene Rede beinhaltet genau das, was er jetzt negiert</u>: nämlich die "anderen" nichtinstitutionellen Faktoren zu übersehen, die "die wichtigeren waren". Indem aber Oberreuter <u>heute</u> de facto das Gegenteil von dem aussagt, was er <u>seinerzeit</u> aussagte,

erklärt er in gar keiner Weise, warum und in welchem Sinne er damals verharmlosend vom Nationalsozialismus als einem durch verfassungsinstitutionelle Mängel verursachten "Betriebsunfall" reden konnte.

2. Parlamentarier als Nestbeschmutzer

Oberreuter sagte im April in Tutzing, er sei geneigt, "Konzentrationslager für Bundestagsabgeordnete einzurichten", die "das eigene Nest bekacken" (unwidersprochen in mehreren Zeitungen zitiert). Eine - auch nur ansatzweise - befriedigende Erklärung einer solchen in der Form ungeheuerlichen Parlamentarierbeschimpfung liefert Oberreuter nicht. Zu beanstanden ist dabei keineswegs Kritik an Parlamentariern, die durch unqualifizierte Kritik ihrer eigenen parlamentarischen Institutionen mangelnde Kenntnis des Parlamentarismus beweisen - obwohl dieser von O. gesetzte Fall höchst selten vorkommen dürfte und sich durch die von ihm vorgenommene persönliche Zuspitzung der Polemik auf einen so erfahrenen und in der Parlamentarismustheorie ausgewiesenen Abgeordneten wie Prof. Lohmar als blanke Diffamierung erweist.

Entscheidend ist, wie der Fachbereichsrat in seiner Entschließung vom 19.7. feststellte, daß die Disqualifizierung von kritischen Parlamentariern als Nestbeschmutzern eine Herabsetzung des Parlamentarismus selbst ist, und daß der Topos des Nestbeschmutzers zu den zentralen Klischees autoritärer und speziell nationalsozialistischer Diffamierung kritischer Bürger gehört. "Solche Einschätzung nährt den Verdacht, daß Oberreuter

ein demokratiefremdes, nämlich autoritäres Verständnis von parlamentarischer Arbeit hat".

Dr. Oberreuter bekennt sich zwar nun auch wieder im Gegensatz zu seinen Tutzinger Ausführungen in seinem Brief zur kritischen - und notwendigerweise auch selbstkritischen - Funktion von Parlamentariern. Zum Entscheidenden aber: seiner pauschalen Diffamierung von den Parlamentarismus kritisierenden Parlamentariern als "Nestbeschmutzern", nimmt er mit keinem Wort Stellung. Das heißt, auch in diesem Punkt bietet sein Brief keine Erklärung und die vom Fachbereichsrat geäußerten Vorwürfe bestehen fort.

Schließlich ist und bleibt es eine Frage politischer wie auch wissenschaftlicher Ethik - die doch wohl auch ein Element der Qualifikation zum Hochschullehrer sein muß! -, ob es hingenommen werden kann, daß ein angehender Politologie-Professor - nicht an irgendeinem Stammtisch, sondern in einem Seminar mit wissenschaftlichem Anspruch! - verbale Verdammungs- und Strafurteile in faschistischem Jargon und mit faschistischen Repressionsvorstellungen abgibt. Für sich genommen, könnte man solche Formulierungen - mit Mühe und Not - als emotionales blackout hingehen lassen. Im Kontext seiner sonstigen irrationalen, wissenschaftlich u.E. unhaltbaren Äußerungen dagegen erlangen solche Worte aus dem Wörterbuch des Unmenschen ein fatales Gewicht.

(....)

Das Gutachten

3



Abschrift von Fotokopie

Dr. Heinrich Oberreuter
Geschwister-Scholl-Institut für
politische Wissenschaft der Univ.
München
Ludwigstraße 10

8 München 22, 28.10.1976

Herrn
Dr. Knittel
CSU-Landesleitung
Lazarettstraße 33
8 München 19

Sehr geehrter Herr Dr. Knittel!

Zu Ihren Fragen, inwieweit Faustgruß (1), die Beschwörung Rosa Luxemburgs als (einziges) Vorbild für die deutsche Jugend (2) und die Erhebung eines pauschalen, unspezifizierten Faschismusvorwurfs gegenüber den politischen und sozialen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland (3) Indizien kommunistischer Einstellung zu sein vermögen, nehme ich wie folgt Stellung:

1. Die erhobene geballte Faust ist seit jeher eine kommunistische Gruß- und Demonstrationsform, welche drastisch die "Diktatur des Proletariats" nach vollzogener proletarischer Revolution, ebenso aber auch die Entschlossenheit zu dieser Revolution symbolisieren soll. Die Faust ist ein bewußt aggressives Kampfsymbol der kommunistischen Internationale ungeachtet deren Organisationsform, das zum unversöhnlichen Klassenkampf, zur Ausschaltung, ja Zerschlagung des politischen Gegners auffordert.

Im Deutschland der Weimarer Republik war der erhobene Arm mit geballter Faust insbesondere symbolischer Gruß des Roten-Frontkämpfer-Bundes (RFB). Dessen optische und demonstrative Wirkung bei Massendemonstrationen und Umzügen wurde durch eine von den Mitgliedern dieses Bundes getragene Armbinde, die eine rote Faust zur Schau stellte, praktisch verdoppelt. Auf Flugblättern wurde das Kampfgelöbnis des RFB

> "Ich gelobe: ... stets und immer ein Soldat der Revolution zu bleiben ... Stets und immer in allen proletarischen Massenorganisationen, in Gewerkschaft und Betrieb ein Pionier des unversöhnlichen Klassenkampfes zu sein ... Stets und immer für die Sowjetunion und die siegreiche Weltrevolution zu kämpfen."

durch eine aufgedruckte rote Faust symbolisch bekräftigt.

Nach 1945 wurde dieses Kampfsymbol im sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands durch die SED wiederbelebt. Bewußt an den RFB anknüpfend, wurde der Faustgruß besonders von den paramilitärischen Betriebskampfgruppen übernommen:

> "Wenn heute die Kampfgruppen der Betriebe unter der erhobenen Faust mit dem Ruf "Kampfbereit" ihren Willen zur Verteidigung der Errungenschaften der Republik zum Ausdruck bringen, setzen sie damit die rechtmäßige Tradition des RFB fort, der unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft ein sehr hervorragendes Beispiel für den kämpferischen Geist der deutschen Arbeiterklasse gibt."

Darüber hinaus wird die geballte Faust seit 1917 - und in den folgenden Jahrzehnten bis heute entsprechend der Ausweitung der Agitation durch Massenkommunikationsmittel ständig zunehmend - als visuelles Symbol graphisch verwendet. Der Bedeutungsgehalt bleibt der gleiche. Er hat sich bis heute nicht geändert. Die emporgereckte geballte Faust oder auch ihre graphische Visualisierung

fordert auf zum Klassenkampf, zur proletarischen Revolution oder auch zum konsequenten Kampf gegen "konterrevolutionäre" Kräfte - je nach der gegebenen politischen Situation. Insofern lassen sich der jüngste Auftritt des marxistischen Anarchisten Rolf Pohle mit erhobener Faust vor dem Stuttgarter Gericht - die Okkupation dieses Symbols durch die "Rote-Armee-Fraktion" überhaupt - sowie die deutliche Akzentuierung der jüngsten Masseninszenierungen in China durch hunderttausendfach emporgereckte Fäuste, welche Entschlossenheit im Kampf gegen die Konterrevolution (Shanghai-Gruppe) demonstrieren sollten, leicht einordnen.

Das Symbol besitzt einen eindeutig aggressiven, unversöhnlichen Inhalt. Es besitzt außerdem ein eindeutiges politisches Umfeld, mit dem es in symbiotischer Verbindung steht. Es ist, zusammengefaßt, das Symbol kommunistischen Kampfes für die Revolution und gegen den "Klassenfeind". Das dynamische Element der Kampfbereitschaft und das mehr statische der Verortung im Kommunismus können nicht voneinander getrennt werden. Die historische Entwicklung - die Tradition des Symboles selbst, wie auch dessen Freunden und Gegnern gemeinsame Interpretation - haben beides untrennbar in eins verwoben. Es wäre daher unzulässig, in jedem Fall allgemein unverständlich, weil dann ein Bruch des überlieferten Bedeutungsgehalts vorläge, das Symbol aus seinem politischen Umfeld herauszulösen, um es etwa im Sinne einer allgemeinen politischen Entschlossenheit zu deuten. Einer derartigen Verharmlosungsstrategie könnte auch insofern nicht gefolgt werden, als das Symbol selbst dann noch eine Option für

Gewalt und Terror als Mittel der Politik zum Ausdruck bringt: Dem Feinde die geballte Faust - und nicht, wie es der rechtsstaatlichen Demokratie entspricht, dem politischen Gegner das Argument.

Die bewußte und überlegte Zurschaustellung der geballten Faust in politischem Kontext oder durch Personen, die politische Wirksamkeit entfalten wollen, kann daher kaum anders gedeutet werden, denn als bewußte Identifikation mit dem vollen Inhalt dieses Symbols - seiner dynamischen wie seiner statischen Komponente.

2. Die Frage nach der Eignung Rosa Luxemburgs als Vorbild kann nicht unter Rekurs auf allgemein menschliche Kategorien beantwortet werden - etwa auf einen außerordentlichen Lebensweg, hohe Intelligenz oder ihr Martyrium. Im politisch-historischen Zusammenhang kommt es hier auf die Inhalte und Zielvorstellungen ihrer politischen Doktrin an. Sie geben auch die Antwort auf den Gehalt jener "sozialistischen Demokratie", als deren Ziehmutter R. L. insbesondere von der sogenannten "Neuen Linken" und ihren Sympathiesanten weithin verehrt wird.

R. L. spielte in der sozialistischen Internationale bereits vor der Jahrhundertwende eine bedeutende Rolle. Auch nach ihrer Übersiedlung nach Deutschland (1898) - nach kurzem Studienaufenthalt in der Schweiz - behielt sie dort, besonders aber in der von ihr gegründeten linkssozialistischen Partei Polens, aber auch in Rußland bestimmenden Einfluß. Wie zuvor in Polen, verfocht R. L. auch in Deutschland konsequent bis zur Parteispaltung die Linie des revolutionären Sozialismus und bekämpfte, auf dem Boden

der marxistischen Orthodoxie, den (sozialdemokratischen) Revisionismus. Aufgrund ihrer Doktrin der Massenaktion geriet R. L. zunehmend in Gegensatz zur Führung der SPD. Deren Spaltung im Ersten Weltkrieg sah sie auf der Seite der radikal linken USPD, innerhalb deren sie wiederum der linksradikalen Spartakus-Gruppe zugehörte.

In der historischen Situation des Übergangs vom Kaiserreich zur Weimarer Republik umreißen zwei Tatsachen ihre politische Position in aller Schärfe: Zum einen trat sie im November 1918 an die Seite Karl Liebknechts als treibende Kraft der Rätebewegung, um die Revolution im sozialistischen Sinne voranzubringen. An der Wiege der ersten demokratischen Republik auf deutschem Boden befand R. L. sich auf seiten ihrer erbittternsten, den Einsatz von Gewalt als Mittel politischer Zielsetzungen nicht scheuender Gegner; sie befand sich an der Seite der Gegner einer "konstitutionellen" Lösung, auf seiten der Gegner der Nationalversammlung, auf seiten der Protagonisten des proletarischen und marxistischen Klassenstaates. Insofern kann sie keineswegs als Patin einer freiheitlichen, rechtsstaatlich verfaßten demokratischen Republik in Anspruch genommen werden. Sie symbolisiert vielmehr das genaue Gegenteil. Zum zweiten trat R. L. damals in die Zentrale des sich im Rahmen der USPD organisierenden "Spatakusbundes" ein, der eine geschlossene, radikal -marxistische Vereinigung bildete. Wenig später (31.12.1918) ging aus dem Spartakusbund die KPD hervor, deren Gründungsprogramm R. L. formulierte. R. L. ist also nicht nur Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands (wenngleich sie ihr lieber den Namen "sozialistische Partei" gegeben hätte, was aber materiell keinen Unter-

schied ausmacht), <u>sie ist auch deren grundlegende Programmatikerin.</u>

Soweit ihre politische Effizienz in Rede steht, kann als Zwischenergebnis festgehalten werden, daß R. L. als konsequent orthodox-marxistische, revolutionäre Sozialistin, Spalterin der SPD, Begründerin und Programmatikerin der KPD und Feindin einer freiheitlich-pluralistischen Demokratie einzustufen ist.

Ihre theoretische Leistung liegt zum einen darin, den Marxismus unter den Primat der Aktion gestellt zu haben: Spontaneität, Massenaktion und Massenstreik, kurz revolutionärer massenhafter Aktionismus rücken in den Mittelpunkt ihres Denkens. Daraus ergab sich auch eine Revidierung der Marxschen Revolutionstheorie, indem sie den Zusammenbruch des Kapitalismus nicht mehr als Konsequenz einer ökonomischen, sondern einer politischen Krise prognostizierte. Der Partei kam dabei die Aufgabe zu, "Vorhut des Proletariats" zu sein und keineswegs "mit verschränkten Armen fatalistisch auf den Eintritt der 'revolutionären' Situation" zu warten. Es war ihre Aufgabe, Krise und Revolution nach Kräften selbst vorzubereiten, wenn auch der Ausbruch der revolutionären Massenerhebung der Geschichte überantwortet wurde. Zum zweiten verschärfte sich das analytische Instrumentarium des Marxismus durch ihre Akkumulationstheorie des Kapitals und die daraus unmittelbar folgende Imperialismustheorie. Beides kann in diesem Rahmen nicht dargestellt werden. Aber es genügt der Hinweis, daß die Kapitalismusanalyse, die Imperialismustheorie und der revolutionäre Aktionismus von R. L. unverfälschter als alle anderen marxistischen Theoretiker - von

den Begründern des Anarchismus vielleicht abgesehen - in die aktuell virulenten radikal-marxistischen Revolutionstheorien Eingang gefunden haben, etwa auch in die der Roten-Armee-Fraktion. Letztere haben der Luxemburgischen Theorie allenfalls noch den praktischen Schritt zum anarchistischen Aktionismus hinzugefügt.

Theoretisch - dies als zweites Zwischenergebnis - hat R. L. keinen Beitrag zur Entschärfung oder gar Überwindung des Marxismus geleistet. Sie hat ihn vielmehr logisch abzurunden versucht und ihm zusätzlich revolutionäre Dynamik verliehen.

Die Beschwörung des angeblichen Vorbildcharakters von R. L. hängt eng zusammen mit jüngeren Bemühungen, sie als Wegbereiterin eines demokratischen Sozialismus oder demokratischen Kommunismus in Anspruch zu nehmen. Schon ihre Rolle an der Wiege der ersten deutschen Demokratie belegt, daß solche Thesen Relevanz allenfalls in innermarxistischen Argumentationszusammenhängen besitzen können. Dann also, wenn Demokratie und Sozialismus bzw. Kommunismus Begriffe tautologischen Inhalts sind, also für die gleiche Sache stehen. Allein die exklusive Interpretation von Demokratie durch Sozialismus besitzt eine lange marxistische Tradition, u.a. auch in den Werken von R. L. (vgl. Politische Schriften I, Neudruck 1966, S. 111). R. L. hat unter sozialistischer Demokratie selbst nie etwas anderes verstanden als Diktatur des Proletariats.

R. L. war eine radikale Gegnerin pluraler freiheitlicher Demokratie in ihrer westlichen Ausprägung, die in ihrer typischen Ausprägung vom Bürgertum im 19. Jhdt. erkämpft und durch sozio-

logische Erweiterung der demoktatischen Basis im 20. Jhdt. verwirklicht worden ist. Demokratie zeichnete sich für sie nicht aus durch Konkurrenz von Ideen und Interessen; Demokratie beruhte vielmehr auf der Exklusivideologie des Sozialismus und auf der Homogenität der Proletarierklasse. Zwischen ihren beiden geflügelten Worten, dem innenpolitischen Feind "Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!" (Po. Schriften II, Neudruck 1966, S. 170) und dem jüngst öfters zitierten von der Freiheit, die "immer nur Freiheit des anders Denkenden" sei (Pol. Schriften III, Neudr. 1968, S. 134) besteht daher keinerlei Spannung; denn das zweite Diktum bezieht sich ausschließlich - was übrigens bereits der Argumentationstext ausweist - auf die sozialistische Binnenkommunikation. Solange Ideologie- und Interessenkonkurrenz im Staat besteht, ist R. L. - wie das erste Diktum nachweist - jedem Gedanken an liberale Toleranz und Freiheitsgewährleistung abhold. Freiheit, die sie meint, ist also nicht die Freiheit des schlechthin Andersdenkenden, sondern Freiheit des andersdenkenden Sozialisten und in ihrer Interpretation sogar nur zugespitzt auf jene Sozialisten, denen sie selber das sozialistische Prädikat zuerkannte. Zu dieser Interpretation verleitet keineswegs die Befangenheit "bürgerlicher" Wissenschaft; sie geht vielmehr zurück auf einen hochkompetenten marxistischen Interpreten (G. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik, Neuausg. Amsterdam 1967, S. 294). Dialektisch betrachtet, wird dadurch die Freiheit des Andersdenkenden zur Freiheit dessen, der das Interpretationsmonopol für die im politischen (und da es sich um marxistische Doktrin handelt zusätzlich noch im sozialen) System exklusiv herrschende Ideologie beansprucht. Es offenbart sich an die-

ser Stelle eine ungeheure Regression des Freiheitsbegriffs, ja seine Verkehrung ins Gegenteil. Für die Organisationsprinzipien des Staates folgt daraus die eindeutige Absage an die üblichen Mechanismen freiheitlicher Willensbildung; sie ist im Freiheitsbegriff, der Pluralität verleugnet, unabweisbar angelegt. R. L. spricht sich im Spartakusprogramm (später: KPD-Programm) radikal gegen den Parlamentarismus und seine Prinzipien aus (Pol. II, Neudr. 1966, S. 166). Das Mehrheitsprinzip akzeptiert sie ebenso konsequent keineswegs, wie sich aus ihrer Polemik gegen "famose Volksabstimmungen" ergibt (Pol. Schriften III, Nachdr. 1968, S. 123), besonders aber aus ihrer Interpretation der Russischen Revolution (ebd., S. 115):

> "Damit (gemeint ist die rev. Parole alle Macht dem Proletariat, d. Verf.) haben die Bolschewiki die berühmte Frage nach der 'Mehrheit des Volkes' gelöst, die den deutschen Sozialdemokraten seit jeher wie ein Alp auf der Brust liegt. Als eingefleischte Zöglinge des parlamentarischen Kretinismus übertragen sie auf die Revolution einfach die hausbackene Weisheit der parlamentarischen Kinderstube: um etwas durchzusetzen, müsse man erst die Mehrheit haben. Also auch in der Revolution: zuerst werden wir eine 'Mehrheit'. Die wirkliche Dialektik der Revolution stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweisheit auf den Kopf: nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg."

Mehrheitsbildung ist aber nach vollzogener Revolution gar kein Problem mehr, weil es nur noch um den Vollzug des Sozialismus gehen kann. Die revolutionäre Minderheit wird zwangsläufig "zur absoluten Herrin der Situation" (ebd., S. 140), den sie nun sogar als für den Endsieg der Revolution notwendig akzeptierte.

Hier läßt sich als Ergebnis festhalten, daß R. L.'s Begriff sozialistischer Demokratie keinerlei Gemeinsamkeit mit dem überkommenen Demokratiebegriff westlicher Demokratien, etwa mit dem Demokratiebegriff des Grundgesetzes in der Interpretation des Bundesverfassungsgerichts, besitzt. Er schrumpft zusammen auf die Betonung des Massencharakters der Diktatur des Proletariats und hat einen argumentativen Stellenwert ausschließlich in der zeitgenössischen innermarxistischen Diskussion, in der andere Konzepte die Kader über die Massen stellten.

R. L. verlegte zwar die praktische Verwirklichung der Diktatur des Proletariats in den "Nebel der Zukunft"; dennoch lassen sich in ihrem Gründungsprogramm für die KPD (Was will der Spartakusbund? Schriften II, S. 159-170) einige typische Grundlagen und Zielprojektionen entnehmen. Es seien hier nur einige wenige typische Forderungen zitiert:

> "Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte ... Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft ..., sowie von Soldatenräten durch die Mannschaft ... (von Bedeutung ist hier die strenge soziologische Eingrenzung des Wahlrechts, d. Verf.)
>
> Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften ...
>
> Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.
>
> Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist.
>
> Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslandes, um die

> sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen ..."

Dies ist ein klassisches kommunistisches Programm, das sich mit den bisher vorgelegten Zwischenergebnissen nahtlos zusammenfügt und diese illustriert. Rosa Luxemburg kann gar nicht anders als Kommunistin interpretiert werden, es sei denn, Geschichts- und Begriffsklitterung walten vor. Aus diesem Befund können auch die Diskussionen nichts ändern, in die R. L. innerhalb des kommunistischen Ideenstreits verwickelt war. Die Erkenntnis, daß es zwischen ihr und Lenin gar keine wesentlichen Gegensätze gab, hat sich gerade auch in der marxistischen Forschung der Gegenwart durchgesetzt (vgl. etwa H. Stuke, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Freiburg 1972, Bd. 3, S.p. 207f.).

Nach all dem kann R. L. kaum Vorbild für die Demokratie nach der Verfassung des Grundgesetzes sein. Gerade wenn dieses Vorbild unter historischen Perspektiven beschworen wird, muß diese Beschwörung logischerweise die historischen und systematischen Perspektiven des vermeintlichen Vorbildes miteinschließen. Wer also R. L. als Vorbild empfiehlt sie als Kommunistin oder, was identisch ist, als marxistische Sozialistin; als Demokratin kann er sie schon deswegen nicht empfehlen, weil ihre politische Theorie und Praxis - wie dargelegt - dafür keinerlei Basis einräumt.

Genügt dies an sich, um die Frage zu beantworten, so mögen die beiden folgenden Bemerkungen die Indizien noch besonders auf jene Personen wenden und deren politische Einstellung kennzeichnen, die für die Idealisierung und Idolisierung R. L.'s

verantwortlich sind:
1. Schon die Beschäftigung mit R. L. ist, wie die Wissenschaft festgestellt hat, eine Domäne "engagierter Sozialisten" geblieben (Stuke, a. a.O., Sp. 204).
2. Die Beschwörung R. L.'s als leuchtendes Vorbild besitzt im Kommunismus gewachsene Tradition. Niemand anderer als Lenin hat bereits 1922, kurz nach ihrer Ermordung, festgestellt, "die Erinnerung an sie wird den Kommunisten der ganzen Welt immer teuer sein" (Lenin, Werke, Bd. 33, S. 195).

Dem wäre abschließend vielleicht nur noch hinzuzufügen, daß Lenin zugleich auch den Kreis der Adressaten einer solchen Vorbildempfehlung präzise umschrieben hat: Kommunisten. Um Mißinterpretationen auszuschließen, weise ich noch darauf hin, daß gerade R. L. den personifizierten Beweis für die Untauglichkeit aller Versuche darstellt, in zeitgeschichtlicher Perspektive zwischen Kommunisten und Sozialisten zu sondern, hat sie doch selbst, sich als Sozialistin bezeichnend, die Kommunistische Partei mitbegründet und sogar ihr Gründungsprogramm verfaßt.

3. Die unspezifische Verwendung des Faschismusbegriffs ist in der Tat geradezu ein Kennzeichen seiner kommunistischen Interpretation: Diese hat zwar den Faschismus als generelles Phänomen - seine italienische Ausprägung überschreitend - zuerst erfaßt, blieb aber von Beginn an unspezifiziert. Faschismus galt - und gilt vielen Kommunisten bis heute - als integrierende Sammelbezeichnung für alle nicht- bzw. antikommunistische Phänomene, wie sie auch umgekehrt gerne den Kommunismus als "Antifaschismus" defi-

nieren lassen. In den zwanziger Jahren setzte sich die simplifizierende, erkenntnistheoretisch irrelevante Agententheorie durch, die den Faschismus als bloßes Instrument der Bourgeoisie bezeichnete. Der Komintern bezeichnete den F. damals als "eine der klassischen Formen der Konterrevolution in der Verfallsepoche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung".

Diese Einordnung in das ökonomische Klassenkampfschema wurde noch im gleichen Jahr (1924) ergänzt durch den expliziten Faschismusvorwurf auch an die Sozialdemokratie: diese und der F. seien keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder: "Der Faschismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt" (Stalin, Werke, Bd. 6, S. 253). Damit war die historisch wirkmächtige Doktrin des Sozialfaschismus formuliert, die 1928/29 kanonisiert wurde. Damit enthielt der Begriff keinerlei differenzierende Kriterien mehr und war im Grunde sinnentleert. Über die Definition der Komintern von 1933

> "Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals"

ist der Kommunismus bis heute nicht hinausgekommen. Die rein funktionalistische Definition des F. als Handlanger des Finanzkapitals ist bis heute nicht überwunden, auch nicht, nachdem die Periode der Entstalinisierung auch eine Revision des Sozialfaschismus als einer pseudoanalytischen Kategorie mit sich gebracht hatte. Außerhalb des Bereiches orthodoxer Begriffsverwaltung erklärt sich die unspezifische Verwendung in der aktuellen politischen Kommun ikation am ehesten noch durch einen Blick auf die These

des philosophischen Ziehvaters der neueren Linken Max Horkheimer, nach dem der F. nur die Wahrheit der monopolkapitalistischen Gesellschaft enthüllt und daher zwangsläufig überall deren Endzustand sein wird.

Die Wendung des Faschismusvorwurfs auf Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, durch Literaten wie Wallraff oder Anarchisten wie Rolf Pohle, der vor dem Aeropag in bezug auf die Bundesrepublik den bemerkenswerten Terminus "Reformfaschismus" prägte, stützt sich jedenfalls auf die funktionalistische Faschismusideologie des Kommunismus, sie greift aber deutlich die überlieferte und lang gültige Doktrin des Sozialfaschismus wieder auf. Die Konfrontation des Vorwurfs mit der Tatsache, daß Sozialdemokraten in der Bundesrepublik die Macht ausüben, läßt keinen anderen Schluß zu. Nachdem der orthodoxe Kommunismus den F. schon immer als politische Übergangsphase, quasi als letztes Gefecht der Bourgeoisie vor der proletarischen Diktatur interpretiert hat, ergeben sich auch hier offensichtliche Anknüpfungspunkte zur aktuellen links-marxistischen Diskussion, die den gleichen generellen Faschismusvorwurf gegen eine "spätkapitalistische" (der Terminus soll die Übergangs- ja Untergangsphase signalisieren) für die Revolution reife Gesellschaft erhebt.

Eine konkretere Beweisführung müßte hier auf eine breitere Materialbasis gestellt werden.

Aus den konkreten Ausführungen zu den Punkten 1 bis 3 ergibt sich mit hinlänglicher Deutlich-

keit, daß jeder für sich als Indiz für Übereinstimmung mit kommunistischem Gedankengut, zumindest aber für allerengste Affinität zu diesem gelten kann und muß. Dieser Schluß ergibt sich erst recht, wenn diese Indizien in einem einigermaßen identifizierbaren sozialen Kontext - seien es lockere Gesprächskreise, Politzirkel, seien es auch engere Verbindungen - wiederholt und gehäuft auftreten.

Mit freundlichen Grüßen

Stellungnahme der SAZ



I. Vorbemerkung

Es geht im folgenden nicht darum zu untersuchen, ob O. die ihm gestellten Fragen korrekt beantwortet hat. Dies ist deshalb schon nicht möglich, weil die Fragen z.T. selbst unsinnig sind. In einer Demokratie mit heterogener Sozialstruktur ist es z.B. nicht möglich, eine politisch dezidiert festgelegte Persönlichkeit zum allgemeinen Vorbild zu erheben. Rosa Luxemburg kann für die Junge Union ebensowenig ein Vorbild sein wie Hanns Martin Schleyer für die Arbeiterjugend. Es ist auch nicht beabsichtigt, die Antworten O.s auf selbstgestellte rhetorische Fragen zu untersuchen, etwa das fulminante Ergebnis, daß Rosa Luxemburg sich als Kommunistin gefühlt habe, als sie sich an der Gründung der KPD beteiligte.

Es kommt vielmehr darauf an zu zeigen, daß Herr O. von dem, worüber er gutachtet, nichts versteht. Anstelle eines argumentativen Gutachtens stellt er nur seine akademische Position zu repressivem Gebrauch zur Verfügung. Die Analyse des Gutachtens ergibt zwingend, daß die politische Motivation etwaige wissenschaftliche Skrupel beiseite geschoben hat oder Herr O. in dem Moment nicht mehr in der Lage ist, die primitivsten Regeln wissenschaftlicher Argumentation zu beachten, wenn sein eigener politischer Standpunkt berührt ist. Dieser politische Standpunkt ist, soweit dies aus dem Gutachten erschlossen werden kann, mit dem Slogan "Freiheit oder Sozialismus" korrekt beschrieben in dem Sinne, daß alles, was sich links von der CDU/CSU bewegt, als Status quo bedrohend und damit als sozialistisch/kommunistisch einzustufen ist. Die Analyse wird zeigen, daß für O. Sozialismus, Kommunismus und Sozialdemokratie ohnehin letztlich alles eins ist.

Die Aufgabe der nachfolgenden Seiten wird es also sein, nicht nur die Unwissenschaftlichkeit O.s selbst sondern auch deren politische Implikationen aufzuzeigen, damit niemand später sagen kann, er habe nicht gewußt, um was für einen Menschen es sich bei Herrn O. gehandelt hat.

II. Der "Faustgruß"

O.s Logik: Die Kommunisten benutzen die geballte Faust als Kampfsymbol, daher sind alle, die die geballte Faust als Kampfsymbol benutzen, Kommunisten.

In Wirklichkeit ist die geballte Faust ein Symbol der Arbeiterklasse, ob es sich nun um Kommunisten, Sozialdemokraten, Anarchisten oder noch andere Gruppierungen handelt. Ein flüchtiger Blick nicht nur in die Archive der Arbeiterbewegung[1)], sondern auch in die aktuelle Berichterstattung zeigt dies sofort. Kein vernünftiger Mensch wird auf die Idee kommen, Mario Soares oder Felipe Gonzales strebten die "Diktatur des Proletariats" an, obwohl auch sie das Symbol der geballten Faust benutzen.[2)]

Was soll nun dieses Symbol tatsächlich ausdrücken? Es ist in der Tat ein Hinweis auf Militanz und Kampfbereitschaft, und zwar aus der uralten sozialdemokratischen Einsicht heraus, daß die "tatsächlichen Machtverhältnisse, die in einer jeden Gesellschaft bestehen, jene tätig wirkende Kraft (sind), welche alle Gesetze und rechtlichen Einrichtungen dieser Gesellschaft so bestimmt, daß sie im wesentlichen gar nicht anders sein können, als sie eben sind."[3] Die geballte Faust drückt sowohl eine defensive als auch eine offensive Einstellung aus. Sie besagt ferner, daß weiterer Fortschritt sich nur einstellt, wenn man um ihn kämpft. Die Weimarer Demokratie, auf die O. rekurriert, illustriert dies sehr nachdrücklich. Erstens war sie ein Produkt der Gewalt, nämlich der Revolution. Zweitens behauptete sie sich solange, wie sie militant verteidigt wurde (Kapp-Putsch), drittens ging sie zugrunde, als der Widerstand eben nur noch symbolisch war, RFB-Faust und SPD-Eiserne Front, aber nicht

in aktiven Widerstand umgesetzt wurde.

Es ist unbestritten, daß jede Gruppe im Rahmen dieser allgemeinen Bedeutung dem Symbol noch eine eigene, der jeweiligen Ideologie angepaßten Interpretation zu geben versucht. Es ist aber geradezu schwachsinnig, eine Interpretation ohne weitere Begründung für die eigentlich maßgebliche zu erklären und dann zu behaupten, alle diejenigen, die sich des Symbols der geballten Faust bedienten, brächten zum Ausdruck, daß sie just der von O. definierten Interpretation dieses Symbols anhängen.

Das Ergebnis des O.schen "Beweisganges" ist ja auch entsprechend grotesk. Der Biermannfreund Wallraff wird in denselben Topf wie die DKP gesteckt, die ihrerseits auch dulden muß, daß ihr der "marxistische Anarchist"[4)] Pohle beigestellt wird, der doch aus einem politischen Milieu stammt, das die DKP eher zu den Neofaschisten zu rechnen geneigt ist.

Es ist Wahnsinn, hat aber doch Methode, nämlich eine denunziatorische. Sie erreicht einen traurigen Höhepunkt in O.s Ausführungen über Rosa Luxemburg, wo er nicht einmal vor offenen Fälschungen zurückschreckt.

III. Oberreuters Luxemburg-Bild

Es würde ein Buch füllen, wollte man auf alle Irrtümer, Verfälschungen, Verdrehungen und Denunziationen eingehen, die O. auf knapp 8 Seiten zusammenzutragen imstande ist. Hier sollen nur die wichtigsten knapp abgehandelt werden. O. behauptet:

1. R.L. sei verantwortlich für die Spaltung der SPD;
2. sie habe dem Marxismus eine voluntaristische Wendung gegeben und sei damit zu einem theoretischen Vorläufer der RAF geworden;
3. zwischen Lenin und Luxemburg bestünden keine wesentlichen Unterschiede und - als Summe und Schlußfolgerung von 1 - 3 -,
4. sie sei eine Antidemokratin, die für eine Demokratie westlichen Zuschnitts nicht tragbar sei.

ad 1.) Dies "Argument" ist recht seltsam, dann selbst wenn es so wäre, daß Rosa Luxemburg die SPD gespalten hätte, ist nicht ersichtlich, was das Faktum allein an Negativem aussagen soll. O. reichert sein "Argument" deshalb auch etwas an, indem er den Eindruck zu erwecken sucht, die marxistische (für Oberreuter gleichbedeutend mit: antidemokratische) Rosa Luxemburg habe in der revisionistisch werdenden (für Oberreuter gleichbedeutend mit: sich demokratisierenden) SPD bewußt darauf hingearbeitet, daß die Partei sich spaltet. Diese Darstellung ist pure Erfindung. Obwohl Rosa Luxemburg mit ihrer Position in der SPD in die Minderheit geriet, lehnte sie eine Parteispaltung ab. Auf den Vorschlag, aus der SPD auszutreten, antwortete sie im August 1914, man könne aus der SPD ebensowenig "austreten" wie aus der Menschheit.[5)]

Rosa Luxemburg verfocht sicherlich nicht den Gedanken der Einheit um jeden Preis. Aber die Bildung eines sektenhaften, von der realen Arbeiterbewegung abgeschnittenen Zirkels widersprach ihrer Vorstellung vom Wirksamwerden in der Bewegung selbst. Wenn jemand für die Spaltung der Sozialdemokratie verantwortlich gemacht werden kann, dann sind es die Teile der SPD, die nicht nur den Burgfrieden mit dem kaiserlichen (und notabene: undemokratischen) Deutschland geschlossen hatten, sondern darüber hinaus die imperialistische Annexionspolitik der Alldeutschen unterstützten, und damit diejenigen, die den Traditionen der SPD vor 1914 treu bleiben wollten, und zwar ungeachtet der Tatsache, ob sie revisionistische, zentristische oder linke Positionen vertreten hatten, zur Spaltung zwangen, um die "alte Sozialdemokratie wiederaufzurichten.[6)] Rosa Luxemburg hatte mit diesem Vorgang, der sich in der Reichstagsfraktion der SPD abspielte, überhaupt nichts zu tun. Aber es ist bezeichnend, daß sie sich nach der Spaltung der USPD anschloß und nicht etwa wie andere auf eine eigenständige revolutionäre Partei drängte (wie z.B. die "Bremer Linksradikalen" um Radek und Pannekoek). Die Abspaltung der KPD von der USPD braucht uns hier nicht weiter zu interessieren, weil dies

mit den Polarisierungen in der USPD zusammenhängt und das "Argument", Rosa Luxemburg habe die SPD gespalten, nicht berührt.

O. unterschlägt und verdreht nicht nur Fakten, er verfolgt auch eine Tendenz. Nach ihm stellt sich der ganze Prozeß als Auseinandersetzung zwischen dem orthodox marxistischen, in seiner Lesart antidemokratischen Flügel der Partei und der gemäßigten, sprich demokratisch-parlamentarisch orientierten Mehrheit dar. Mit dieser Verschleierung - wie gesagt, vollzog sich die Spaltung gar nicht nach ideologischen Fronten - ergreift er Partei für die kriegsbejahenden, annexionistischen Zielen aufgeschlossenen Teile der Sozialdemokratie und gegen die Kriegsgegner, deren Programm eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, wäre es nur rechtzeitig berücksichtigt worden, Deutschland das ungeheure Ausmaß an Elend eines verlorenen Krieges erspart hätte. Dieser Vorwurf gilt allerdings nur vorbehaltlich der Annahme, daß er sich überhaupt mit den Dingen beschäftigt hat, über die er gutachterlich ein Urteil abzugeben sich erkühnt.

Speziell Rosa Luxemburg verdanken wir eine der brillantesten Analysen der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, in der Einsichten formuliert werden, für die die akademische Geschichtsschreibung 50 Jahre gebraucht hat, um sie überhaupt ohne Tabuverletzung diskutieren zu können.[7] Allerdings ist diese Arbeit Rosa Luxemburgs auch etwas peinlich, zeigt sie doch, daß die Entschuldigung, im nationalen Fieber des Kriegsausbruchs habe man die Wahrheit nicht erkennen können, eine pure Schutzbehauptung ist.

ad 2.) Unwissenheit ist selten so unverfroren geäußert worden wie hier. O. gutachtet: Luxemburgs Auffassungen über Spontaneität, Massenaktion und Massenstreik seien in den Mittelpunkt ihres Denkens gerückt. "Daraus ergab sich auch eine Revidierung der Marxschen Revolutionstheorie, indem sie den Zusammenbruch des Kapitalismus nicht

mehr als Konsequenz einer ökonomischen, sondern einer politischen Krise prognostizierte ... Zum zweiten verschärfte sich das analytische Instrumentarium des Marxismus durch ihre Akkumulationstheorie des Kapitals und die daraus unmittelbar folgende Imperialismustheorie. "Beides kann", so O. bescheiden, "in diesem Rahmen nicht dargestellt werden." Es liegt aber nicht am Rahmen, sondern an der Dürftigkeit des Wissens, daß hier nichts weiter dargestellt wird, wenn auch die Sicherheit beeindruckt, mit der O. von "der Marxschen Revolutionstheorie" spricht.

O. drückt sich um das eigentliche Problem herum und schreibt aus dem Zusammenhang gerissene Merksätze ab. Der Witz liegt nämlich darin, daß Rosa Luxemburg in ihrem theoretischen Hauptwerk, der "Akkumulation des Kapitals", gerade beweisen will, daß der Kapitalismus aus ökonomischen Gründen zusammenbrechen muß, weil bei einer vollständigen Durchdringung der Welt durch den Kapitalismus irgendwann das erwirtschaftete Mehrprodukt nicht mehr abgesetzt werden kann. Gleichwohl geht Rosa Luxemburg, wie im übrigen auch Marx, davnn aus, daß der revolutionäre Klassenkampf nicht darin besteht, solange zu warten, bis der Kapitalismus von selbst den Weg frei macht, weil er ökonomisch nicht mehr kann. Dies aufgrund der ganz einfachen Tatsache, daß Klassenkämpfe nicht um der Einsicht in abstrakte ökonomische Gesetze willen veranstaltet werden, sondern sich aus den sozialen Verhältnissen ergeben, die auch schon zur Zeit des noch in voller Blüte stehenden Kapitalismus nach Änderung schreien. Und zweitens, dies ist das spezifisch Luxemburgische, weil die Massenaktion selbst die Arbeiter befähigt, sich als Subjekte des Emanzipationsprozesses zu begreifen, indem sie in der Aktion lernen, während die Politik des Attentismus sie in der Rolle von Objekten des Parteivorstandes beläßt. Dieser aktionsdemokratische Zugang zu Problemen des Klassenkampfes unterscheidet Rosa Luxemburg sowohl von den vorsichtigen Taktikern im Parlament, die zwar im vorgeblichen Auftrag der Massen, ihnen aber prinzipiell mißtrauend[8], ihre Kabinettspolitik

betreiben, als auch von den elitären Strategen der RAF, für die das "Volk" auch nur Objekt ihres Kalküls ist. Die Unverschämtheit, die RAF mit den Spontaneitätsvorstellungen von Rosa Luxemburg in Verbindung zu bringen, dient einzig und allein der Denunziation. Wenn man weiß, daß die Berufungen auf Rosa Luxemburg bis weit in die SPD hineinreichen - ob zu Recht oder Unrecht kann hier dahingestellt bleiben - dann entlarven sich die pseudowissenschaftlichen Bemerkungen des Herrn O. als Versuch, den Kreis der "Sympathisanten" des Terrors möglichst weit zu ziehen.

ad 3.) O.s Behauptung, sich auf Stuke berufend (dessen Lexikonartikel die einzige Literaturangabe überhaupt in dem "Gutachten" ist), zwischen Lenin und Luxemburg habe es "gar keine wesentlichen Gegensätze gegeben", ist sehr verblüffend, ist doch allgemein bekannt, daß Rosa Luxemburg seit jeher von bolschewistischer Seite eine Reihe von Fehlern angekreidet worden ist, und dies hat sich bis heute nicht geändert.[9] Es hat sich allerdings der Ton der Auseinandersetzung versachlicht[10], so daß dem Herrn O., der sich nur an grellen Effekten orientieren kann, dies möglicherweise entgangen ist.
Es kann aber auch sein, daß O. der Auffassung von Laschitza/Radczun zustimmt, den z.Z. maßgebenden Luxemburg-Interpreten in der DDR, daß "bürgerliche Historiker und Soziologen" bestimmte Auffassungen Rosa Luxemburgs "aus dem Gesamtzusammenhang ihres revolutionären Lebenswerkes" herauslösten, "um Rosa Luxemburg Lenin kontradiktorisch entgegenzusetzen. Mit dieser Methode der Rezeption der Gedanken und Ideen Rosa Luxemburgs wollen sie den Antikommunismus theoretisch und historisch legitimieren."[11] Obwohl in den Motiven unterschiedlich, meinen Laschitza/Radczun und O. dieselbe Gruppe, nämlich diejenigen "Personen ..., die für die Idealisierung und Idolisierung R.L.s verantwortlich sind" (Oberreuter, S. 11). O. nennt keine Namen, aber sie sind unschwer zu erraten: es sind die Fetscher, Flechtheim, Nettl,

Weber usw., keine Kommunisten, aber Demokraten, die zu bekämpfen,O. sich nicht scheut, auch mal ein Bündnis mit dem Teufel einzugehen.

Wie schon bei seinen Ausführungen über die geballte Faust will O. hier den zu untersuchenden Gegenstand auf sein Feindbild, den "Sowjetkommunismus", zurechttrimmen. Differenzierungen sind nicht gefragt, Widersprüche werden geleugnet. Ohne das von O. bewußt Versäumte hier in aller Breite nachholen zu können, soll doch stichwortartig skizziert werden, wodurch sich Rosa Luxemburgs Position von der Lenins unterschied, um dem Leser ein Urteil darüber zu ermöglichen, ob es in der Tat zwischen ihr und Lenin "gar keine wesentlichen Gegensätze" gab.

Neben den in unserem Zusammenhang weniger wichtigen Kontroversen über die Nationalitätenfrage (Unabhängigkeit Polens ja oder nein, politische Einschätzung der Parole von der Selbstbestimmung der Völker) sowie Lenins (richtiger) Kritik an Luxemburgs Akkumulationstheorie sind es vor allem die unterschiedlichen Auffassungen von der Rolle der Partei und der Art und Weise der sozialistischen Umwälzung. Gegen Lenins 1902 entwickelte Auffassung von der Avantgardepartei als "Partei neuen Typs" setzte Luxemburg recht respektlos die Behauptung, Lenins "Ultrazentralismus" scheine in seinem ganzen Wesen "nicht von positiven, schöpferischen, sondern vom sterilen Nachtwächtergeist getragen zu sein."[12] Rosa Luxemburg befürchtete, daß die auf Effizienz abgestellte und die Gefahr des Opportunismus durch organisatorische Mittel zu bannen suchende Konzeption Lenins den demokratischen Charakter der proletarischen Emanzipationsbewegung zerstören könnte, weil für sie klar war, "daß die sozialdemokratische Zentralisation nicht auf blindem Gehorsam, nicht auf der mechanischen Unterordnung der Parteikämpfer ihrer Zentralgewalt basieren kann und daß andererseits zwischen dem bereits in feste Parteikader organisierten Kern des klassen-

bewußten Proletariats und den vom Klassenkampf bereits ergriffenen, im Prozeß der Klassenaufklärung befindlichen umliegenden Schicht nie eine absolute Scheidewand aufgerichtet werden kann."[13] Daß dies keine Augenblicksmeinung von Rosa Luxemburg gewesen ist, zeigt das schon erwähnte Verhalten, so lange als möglich innerhalb der SPD tätig zu sein und die Partei eben nicht zu spalten. Da O. keine wesentlichen Differenzen sehen kann, ist ihm natürlich auch der Tadel Lenins in diesem Punkte entgangen.[14] Die Bemerkungen Rosa Luxemburgs zur Oktoberrevolution fügen sich nahtlos in ihre früheren Äußerungen ein. Es sind allerdings keine Äußerungen einer "Dutzendliberalen"[15] und sperren sich daher gegen eine glatte politische Verwertung. Zugleich führt uns diese Schrift zu

4.) der Frage nämlich, wie es mit Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis steht.

O.s Angriffe beschränken sich im wesentlichen auf Behauptungen: 1. Luxemburgs Kritik an undemokratischen Maßnahmen der Bolschewiki dienten nur der "sozialistischen Binnenkommunikation", und 2., Luxemburg sei eine "radikale Gegnerin pluraler freiheitlicher Demokratie in ihrer westlichen Ausprägung, die in ihrer typischen Ausprägung vom Bürgertum im 19. Jahrhundert erkämpft (sehr richtig, und zwar nicht nur mit erhobener Faust, sondern sogar mit dem Schießprügel) und durch soziologische Erweiterung der demokratischen Basis im 20. Jhdt. (O.s vornehme Umschreibung dafür, daß es in Deutschland dazu eines verlorenen Weltkrieges und einer Revolution bedurfte) verwirklicht worden ist." (Oberreuter, S. 7)

O. "vertieft" sein erstes Argument noch mit der Feststellung, daß, "dialektisch betrachtet", die "Freiheit des Andersdenkenden zur Freiheit dessen" werde, "der das Interpretationsmonopol für die im politischen ... System exklusiv herrschende Ideologie beansprucht." (Oberreuter, S. 8) Dieses Argument ist zu läppisch, um ausführlicher

auf es einzugehen. Es mag der Hinweis genügen, daß gerade das behauptete Interpretationsmonopol einer Führungsgruppe Rosa Luxemburg schon 1904 zu der Auffassung gebracht hat, daß "Fehltritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, ... geschichtlich unermeßlich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten 'Zentralkomitees' (sc. sind)"[16] und daß überdies Sozialismus für Rosa Luxemburg überhaupt keine Ideologie ist, die als gedankliches Konstrukt mit anderen Ideologien in Konkurrenz tritt, sondern Ausdruck der realen Arbeiterbewegung selbst. Dies führt uns zum Kernpunkt: was ist für Rosa Luxemburg Demokratie? Hier greift O. wieder tief in sein Denunziationsschatzkästlein und holt folgende Perle hervor:

Erst wird mit großem Nachdruck konstatiert, Rosa Luxemburg sei eine Gegnerin der bürgerlichen Demokratie westlichen Typs. Das ist natürlich ein Schuß in den Ofen, weil noch niemand behauptet hat, auch die sog. "Idealisierer" nicht, R.L. habe eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie angestrebt. In diesem Punkt also unangreifbar, trumpft O. auf: R.L. symbolisiere "vielmehr das genaue Gegenteil." Man ist versucht zu sagen: richtig, denn das genaue Gegenteil wäre die sozialistische Demokratie, und die symbolisiert R.L. in der Tat. Aber da wir nun unseren Gutachter inzwischen etwas kennen, dürfen wir vermuten, daß er Rosa Luxemburg zu einer Feindin der Demokratie stempeln will.

Er meint es tatsächlich, weil er sich Demokratie nur als bürgerliche vorstellen kann. O.s Demokratieauffassung ist von einer erschreckenden Oberflächlichkeit, die auf die gesellschaftlichen Grundlagen der Demokratie auch nicht einen einzigen Gedanken verschwendet. Ein Parlament muß her und die Proklamation einiger abstrakter Prinzipien - und fertig ist die "Demokratie westlichen Typs". Es verwundert daher nicht, daß O. bei der Interpretation

marxistischer Theorie und Praxis kläglich Schiffbruch erleiden muß. Dies beginnt mit der Mißdeutung des Horrorbegriffs "Diktatur des Proletariats" und endet mit einer Verzeichnung der Novemberrevolution. Auch hier soll keine ausführliche Interpretation gegeben, sondern nur eine stichwortartige Korrektur versucht werden. Die berühmte "Diktatur des Proletariats" ist nur als Begriffspaar vollständig zu verstehen, wenn man nämlich die "Diktatur der Bourgeoisie" zugleich mitdenkt. Die Diktatur der Bourgeoisie kann verschiedene Formen annehmen, von der parlamentarischen Demokratie bis zum Faschismus. Die Grundlage der Diktatur liegt in der kapitalistischen Verfassung der Ökonomie, die es auch in der parlamentarischen Demokratie der Bourgeoisie ermöglicht, obwohl quantitativ den anderen Klassen unterlegen, soviel Macht zu entfalten, daß die Grundlagen ihrer Herrschaft unangetastet bleiben. Sollte dennoch, was in einer parlamentarischen Demokratie tendenziell immer möglich ist, der Integrationsmechanismus nicht mehr greifen, wird die parlamentarische Demokratie liquidiert, es findet sozusagen eine Metamorphose der "Diktatur der Bourgeoisie" statt: die Beispiele Deutschland 1933, Griechenland 1967 und Chile 1973 sprechen eine eindeutige Sprache.

Die "Diktatur des Proletariats" ist demgegenüber der Versuch, die gesellschaftlichen Grundlagen der "Diktatur der Bourgeoisie" zu zerschlagen. Auch die "Diktatur des Proletariats" kann verschiedene Formen annehmen, die von der sozialistischen Demokratie bis zur stalinistischen Degeneration reichen können. Aber im Gegensatz zur Bourgeoisie, die sich im Faschismus zwar auch politisch unterordnen muß, darunter aber kaum leidet, richtet sich eine Degeneration der sozialistischen Demokratie wie etwa im Stalinismus gegen die Arbeiterklasse selbst. Es ist das historische Verdienst Rosa Luxemburgs, vor dieser Degeneration gerade im Interesse der Arbeiterklasse gewarnt zu haben.

Daß die "Diktatur des Proletariats" häufig in der Form der Rätedemokratie gedacht wird, liegt sowohl im spontanen Charakter der Revolutionsbewegung, die sich ihre eigenen Organe schaffen muß, weil tradierte nicht zur Verfügung stehen, als auch in den zu bewältigenden Aufgaben. Wenn die Macht des Kapitals gebrochen werden soll, dann muß es in den Betrieben geschehen, wo sie ihre Wurzeln hat. Räteähnliche Organisationsformen drängen sich da von selber auf.

Wir wollen die Überlegungen zur Rätefrage hier abbrechen, auf die reichhaltige Literatur verweisen[17)] und uns wieder O. zuwenden. In ihrer Rußlandschrift hatte Rosa Luxemburg die Auflösung der Konstituante noch kritisiert, in der Novemberrevolution ist sie gegen eine Nationalversammlung. Feindin der Demokratie also, schließt O. messerscharf. Die "Feinde der Demokratie" waren damals allerdings sehr zahlreich: die gesamte USPD einschl. ihres Vorsitzenden Hugo Haase, der 1913 nach Bebels Tod zusammen mit Ebert SPD-Vorsitzender geworden war, gehörte dazu. Sie argumentierten zu Recht, daß es die vordringlichste Aufgabe sein mußte, die durch die Revolution ermöglichte Beseitigung der alten obrigkeitsstaatlichen Strukturen auch tatsächlich durchzuführen, anstatt auf die reaktionären Mauern ein parlamentarisches Dach zu setzen. Ebert hat sich bekanntlich durchgesetzt und damit einen großen Teil der Schuld am Scheitern der Demokratie von Weimar übernommen. Da Heeres-, Verwaltungs- und Justizreform ausblieben, von Eingriffen in die privatkapitalistische Wirtschaftsstruktur ganz zu schweigen, konnte überhaupt erst die Situation entstehen, daß noch der schüchternste Demokratisierungsimpuls, der von der Regierung ausgehen mochte, von der Verwaltung konterkariert werden konnte. Daß die Demokratie von Weimar ohne Demokraten blieb, liegt nicht unwesentlich daran, daß die Mehrheitssozialdemokratie verhinderte, daß sich in der Revolution ein demokratisches Potential bilden konnte. Stattdessen wurden diejenigen, die ein solches Potential hätten sein können, Opfer der Konterrevolution. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gehörten zu diesen Opfern.

IV. O. und der Faschismus

Abgesehen von der bemerkenswerten Implikation, daß nach O. ein "spezifizierter" Faschismusvorwurf an die Bundesrepublik offenkundig zulässig ist, enthüllen die kärglichen Ausführungen, die er auf den Seiten 11 bis 14 macht, seine denunziatorische "Methode" noch einmal auf besonders krasse Weise. Er greift aus der durchaus kontroversen kommunistischen Faschismusdiskussion zwei Punkte heraus, die Sozialfaschismusthese und die Kominterndefinition, und legt dann jeden, der das Wort Faschismus in den Mund nimmt, darauf fest. Nun ist es einfach gelogen, daß die kommunistische Faschismusdefinition von Anfang an unspezifiziert war und es geblieben ist als ob es nie einen Thalheimer gegeben hätte, von austromarxistischen (Otto Bauer) und linkssozialdemokratischen (Fritz Sternberg) Interpretationen ganz zu schweigen. Letztere vernachlässigt O. möglicherweise zu Recht, weil er sich auf die "kommunistische" Interpretation beschränkt, was doch nur heißen kann: auf die KPD einschließlich ihrer Fraktionierungen. Dann aber kann er seine "Interpretation" der KP-Auffassung vom Faschismus auch nur denjenigen vorhalten, die sich entweder explizit dazu bekennen oder die Parteimitglieder sind, ganz abgesehen davon, daß es ein unmögliches Verfahren ist, mit dem Sozialfaschismusvorwurf und der Kominterndefinition, die sich gegensätzlich zueinander verhalten, je nach Belieben zur kommunistischen Entlarvung zu jonglieren.

Weder Pohle noch Wallraff oder gar Horkheimer lassen sich in den parteikommunistischen Traditionszusammenhang stellen. Da O. es aber dennoch tut, darüber hinaus zwischen Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten und Marxisten keinen Unterschied macht, sondern diese Begriffe synonym verwendet und sie schließlich sehr weit faßt, wenn er z.B. in Anlehnung an Stuke behauptet, daß sich mit Rosa Luxemburg nur "engagierte Sozialisten" beschäftigt hätten (S. 11), ist die eigentliche Stoßrichtung seines "Gutachtens" deutlich. Jede sozial-engagierte demokratische Position wird mit "dem" Kom-

munismus identifiziert und unter Ausnutzung des herrschenden Antikommunismus aus dieser Gesellschaft ausgegrenzt. In diesem Lichte gewinnt O.s Forderung nach KZs einen neuen, beängstigenden Stellenwert. Denn sie war offenkundig doch nicht nur eine - wenn auch makabre - verbale Kraftmeierei, sondern ergibt sich letztlich zwingend aus dem, was O. in seinem "Gutachten" als "Wissenschaft" dargestellt hat.

Anmerkungen

1) ein Photo von der Arbeiterolympiade in Antwerpen 1932 zeigt z.B. den führenden Sozialisten Kamiel Huysmans in dieser Kampfpose, vgl. J. Dhondt (Hrsg.): Geschiedenis van de socialistische Arbeiterbeweging in Belgie. Antwerpen 1960, S. 504

2) vgl. Konkret Nr. 9/2978, S. 27, Felipe Gonzales: Socialismo es Libertad. Barcelona 1978, nach S. 128

3) Ferdinand Lassalle: Über Verfassungswesen, in: F.L.: Aus seinen Reden und Schriften. Wien usw. 1964, S. 81

4) Am Baum der Arbeiterbewegung gibt es viele, z.T. recht exotische Blüten, aber diese Spezies ward noch nicht gesehen. O. benutzt, wie hier deutlich wird, Begriffe nicht zur präzisen Beschreibung sondern als politisches Werturteil: ein Marxist ist schlimm, ein Anarchist ist schlimm, ein "marxistischer Anarchist ist doppelt schlimm.

5) vgl. H. Weber: Der Gründungsparteitag der KPD. Frankfurt 1969, S. 13.

6) vgl. dazu die neueren Arbeiten zur USPD:
Hartfried Krause: USPD. Köln/Frankfurt 1975. David W. Morgan: The Socialist Left and the German Revolution. Ithaca und London 1975. Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Frankfurt/Berlin/Wien 1975

7) "Die Krise der Sozialdemokratie" ("Junius"-Broschüre), in: Gesammelte Werke, Band 4, Berlin/DDR 1974. Die Anspielung im Text bezieht sich auf die Fischer-Kontroverse der 60er Jahre.

8) Typisch dafür Karl Kautsky: "Die neue Taktik", in: Die Neue Zeit, 30. Jg. (1912), Bd. II.

9) vgl. z.B. Gilbert Badia: Rosa Luxemburg und Lenin, in: Claudio Pozzoli (Hrsg.): Rosa Luxemburg oder die Bestimmung des Sozialismus. Frankfurt 1974, S. 199-209.

10) "L'image de Rosa Luxemburg est aujourd'hui mieux éclairée parce que son oeuvre est plus étudiées et que régressent les utilisations partisanes. La position d'Oelssner, mettant l'accent principal sur les 'erreurs' - vraies ou supposées - de Rosa Luxemburg a fait place en République démocratique allemande à une attitude plus scientifique."
S. G. Badia: Rosa Luxemburg. Paris 1975, S. 818

11) S. Annelies Laschitza/Günter Radczun: Rosa Luxemburg. Berlin/DDR 1971, S. 140 f.

12) "Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie" (1904), in: Gesammelte Werke, Band I, 1. Halbband, S. 433 f.

13) ebenda, S. 429

14) vgl. W.I. Lenin: über die Junius Broschüre, in: Werke, Bd. 22, S. 324

15) der Ausdruck stammt von Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Werke, Band 28, S. 229

16) "Organisationsfragen", a.a.O., S. 444

17) Horst Dähn: Rätedomokratische Modelle. Meisenheim am Glan 1975, mit weiterführender Literatur

DER GUTACHTER ALS PLAGIATOR

Das von uns angefertigte Gutachten zu O.s Ausführungen für die CSU-Landesleitung besitzt die zentrale Schwäche, daß es so tut, als setze es sich mit den Argumenten O.s auseinander. In Wirklichkeit ist O. eine abgeleitete Größe, denn der zentrale Teil seines Gutachtens, in dem er sich mit Rosa Luxemburg auseinandersetzt, beruht samt und sonders auf dem Artikel von Horst Stuke in der Enzyklopädie "Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft", Band 4, Sp. 187 - 214. Zwar gibt O. selbst an zwei Stellen an, daß er sich auf Stuke stützt, aber diese Verweise dienen nur zur Absicherung von Einzelaussagen (1. nur "engagierte Sozialisten" hätten sich mit R.L. beschäftigt, 2. auch die marxistische Forschung sehe keinen wesentlichen Unterschied zwischen Lenin und Luxemburg). Diese Art der Bezugnahme läßt beim gutgläubigen Leser den Eindruck entstehen, daß O. auch andere Literatur herangezogen hat, zumal er auch Lukács zitiert. Aber gerade letzteres müßte mißtrauisch machen, da nach allem, was wir von O. bis jetzt wissen, es unwahrscheinlich ist, daß sich O., wenn er den Teufel austreiben will, sich auch noch mit dem Beelzebub beschäftigt. Und tatsächlich: O. hat den Lukács nicht selbst gelesen, sondern nimmt nur das auf, was ihm Stuke schon zerkleinert auf den Teller gelegt hat (vgl. Zitat weiter unten)

Nun würden wir Stuke Unrecht tun, wenn wir die Argumente, die wir gegen O. vorgebracht haben, einfach auf ihn übertragen würden. Denn einen Rest von eigener "Leistung" hat sich O. bewahrt: die Art und Weise nämlich, wie er den Artikel von Stuke ausbeutet. Stukes Artikel ist zwar keineswegs Luxemburg-freundlich, und seine ideologische Position dürfte von der O.s nicht weit entfernt sein, aber immerhin wird in einem durchaus renommierten Nachschlagewerk ein Minimum an wissenschaftlicher Argumentation verlangt, die bestimmte Aussagen, die O. treffen will, einfach nicht zulassen. O. muß also bei der "Bearbeitung" auf dreierlei Art verfahren:

1. bestimmte Aussagen Stukes werden in ihr Gegenteil verkehrt: während Stuke historisch korrekt beschreibt, daß R.L. vor

einer Spaltung der SPD zurückgeschreckt sei, behauptet O., sie habe die SPD gespalten;

2. andere Aussagen Stukes werden bis zur Verfälschung vergröbert, z.B. referiert Stuke aus der neueren DDR-Literatur, ohne sich mit dieser Auffassung zu identifizieren, die Ansicht, daß es keine "unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Rosa Luxemburg und Lenin" gegeben habe. Dieses Zitat steht im Kontext eines Versuchs, drei Rezeptionsformen des Luxemburgschen Werkes zu referieren - demokratischer Sozialismus, Luxemburgismus, Leninismus -, die Stuke alle zurückweist, wobei er zu dem Urteil kommt: "Leninistin schließlich war R.L. aus mehreren Gründen nicht, obwohl von allen ihr zugeschriebenen Positionen ihr diese eigentlich am nächsten kommt." (Sp. 21o)

   Diese zwar eindeutige, aber zugleich auch zurückhaltend formulierte Position wird von O. folgendermaßen vergröbert: "Die Erkenntnis, daß es zwischen ihr und Lenin gar keine wesentliche Gegensätze gab, hat sich gerade auch in der marxistischen Forschung der Gegenwart durchgesetzt (vgl. etwa H. Stuke...)"

3. Dort wo es kompliziert wird, etwa bei der Akkumulationstheorie oder wenn die Dialektik ins Spiel kommt, weicht O. entweder aus, oder, wenn ihm der Gedankengang nur zu gut ins Konzept paßt, schreibt er einfach ab, allerdings auch hier nicht ohne eigene Leistung: zur Umstellung von Sätzen und sogar zur Paraphrasierung zeigt er sich noch in der Lage. Wir wollen dem Leser zum Abschluß das markanteste Beispiel vorführen:

Oberreuter-Text	Stuke-Text
"Zwischen ihren beiden geflügelten Worten, dem innenpolitischen Feind 'Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!' (Pol. Schriften II, Neudruck 1966, S. 17o) und dem jüngst öfters zitierten von der Freiheit, die 'immer nur die Freiheit des anders Denkenden' sei (Pol. Schriften III, Neudr. 1968, S. 134) besteht	"Sicherlich war sie am wenigsten eine demokratische Sozialistin, wenn damit nicht etwas Tautologisches gemeint sein soll; denn ihr vielzitiertes Wort aus der von ihr selbst nicht veröffentlichten Schrift über "Die russische Revolution" von der Freiheit, die'immer nur Freiheit des anders Denkenden' sei (1922, Neudr. 1968, S. 134), meint mit dem Andersdenkenden nicht diesen schlechthin,

Oberreuter-Text (Forts.)

daher keinerlei Spannung; denn das zweite Diktum bezieht sich ausschließlich - was übrigens bereits der Argumentationskontext ausweist - auf die sozialistische Binnenkommunikation. So lange Ideologie- und Interessenkonkurrenz im Staat besteht, ist R.L. - wie das erste Diktum nachweist - jedem Gedanken an liberale Toleranz und Freiheitsgewährleistung abhold. Freiheit, die sie meint, ist also nicht die Freiheit des schlechthin Andersdenkenden, sondern Freiheit des andersdenkenden Sozialisten, und in ihrer Interpretation sogar nur zugespitzt auf jene Sozialisten, denen sie selbst das sozialistische Prädikat zuerkannte. Zu dieser Interpretation verleitet keineswegs die Befangenheit 'bürgerlicher Wissenschaft': sie geht vielmehr zurück auf einen hochkompetenten marxistischen Interpreten (G. Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik. Neuausgabe Amsterdam 1967, S. 294)."

Stuke-Text (Forts.)

sondern allein den andersdenkenden S o z i a l i s t e n, dazu noch beschränkt auf jene bestimmten Gruppen, denen s i e das Prädikat zuerkannte, 'sozialistisch zu sein (vgl. Lukács, a.a.O. S. 294). Mehr als vage Ansätze zur Forderung eines gewissen Meinungspluralismus ... lieferte sie nicht.

....

Bezeichnender als ihr abstraktes Freiheitspostulat war ihre "dem Feinde" geltende Parole: 'Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!' (Luxemburg, 1918, Neudr. 1966, S. 17o)

(Hervorhebungen bei Stuke)

PDI - Pressemitteilung



Pressedienst
Demokratische
Initiative

Verantwortlicher Redakteur:
Kurt Hirsch

Münzstraße 3
8000 München 2

Tel. 22 39 30 / 32
Telex 05/29 117

14.08.1978

GUTACHTER HEINRICH OBERREUTHER UND DER "UNTERGRUNDKOMMUNIST" GÜNTER WALLRAFF

PDI/Der Dozent für politische Wissenschaft an der Universität München, Dr. Heinrich Oberreuther, kennzeichnete im Rahmen eines Fortbildungsseminars für Gymnasiallehrer in Tutzing die Nazi-Herrschaft in Deutschland als einen "Betriebsunfall". Aus einer Pressemitteilung des "Pressedienstes Demokratische Initiative" (PDI) vom 3. Juli 1978 geht weiter hervor, daß er nach seinen eigenen Worten *"geneigt sei, Konzentrationslager für Abgeordnete vom Schlage Lohmars einzurichten, die mit falschen Informationen über den Bundestag das politische System kaputtmachen"* würden.

Vielleicht deshalb erschien er der CSU schon 1976 geeignet zu beweisen, daß Günter Wallraff nicht länger "sozialdemokratische", sondern "kommunistische Thesen" vertrete, weil er auf einem Titelbild der Zeitschrift "Konkret" mit geballter Faust abgebildet war. Am 28. Oktober 1976 sandte Oberreuther seinen "wissenschaftlich" abgehaltenen Nachweis an Herrn Dr. Knittel von der CSU-Landesleitung. Diese diffamierte in der Folgezeit Günter Wallraff als "Untergrundkommunisten" und den PDI als eine "kommunistische Tarnorganisation". Im Prozeß, den Günter Wallraff, Bernt Engelmann und der PDI daraufhin gegen Franz Josef Strauß führten, verwandte das Gericht Oberreuthers Gutachten, das seither die Beurteilung Wallraffs als "Untergrundkommunist" auch juristisch rechtfertigt. Wir zitieren nachfolgend aus Oberreuthers Erkenntnissen ...

Dr. Oberreuther interpretiert also den Gruß mit geballter Faust als symptomatisch für einen "Untergrundkommunisten". Wenn man Oberreuthers Thesen folgt, dann müßte dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Portugals, Mario Soares, der seine Parteifreunde während einer Kundgebung, an der auch Willy Brandt anwesend war, ebenfalls mit geballter Faust grüßte, die Einreise in die Bundesrepublik wegen Gefährdung der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" verboten werden.
Sollte die Beschäftigung mit der Person und den Werken Rosa Luxemburgs symptomatisch sein für die Tätigkeit von "Untergrundkommunisten", dann müßten nach Oberreuthers Auffassungen folgerichtig unsere Bibliotheken schleunigst von allen zeitgeschichtlichen Büchern, die sich mit der Tätigkeit Rosa Luxemburgs und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auseinandersetzen, gesäubert werden.

Ist Dr. Peter Glotz, Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin, wirklich gut beraten, wenn er den "Gutachter" Oberreuther an die Berliner Universität beruft?

OSSIP K. FLECHTHEIM

DER HERAUSGEBER DER

"POLITISCHEN SCHRIFTEN" ROSA LUXEMBURGS

NIMMT STELLUNG:

Rosa Luxemburg

Die Kritik von Dr. Heinrich Oberreuter an R. L. ist unzureichend und einseitig. Er zeichnet ein Zerrbild von ihr und ihren Ideen. Dabei fällt zunächst auf, daß er wichtige Veröffentlichungen über R. L. überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt - natürlich auch nicht solche von ihr. So setzt er sich weder mit Paul Frölich noch mit Peter Nettl, weder mit Giselher Schmidt, noch mit dem Verfasser dieser Zeilen auseinander. Zwar zitiert er aus der von mir editierten Auswahlausgabe, geht aber mit keinem Wort auf die Argumente ein, die ich in meinen Einleitungen zu Band 1 und Band 3 anführe.

In meinem neuen Buch VON MARX BIS KOLAKOWSKI ODER UNTERGANG IN DER BARBAREI? (EVA; Köln 1978) habe ich das dritte Kapitel R. L. als einem "Menschen mit seinem Widerspruch" gewidmet. Von den Widersprüchen bei R. L. findet sich aber bei Dr. Oberreuter kein Wort. Recht simplizistisch identifiziert er sie mit Lenin, Lukács, den Leninisten Moskauer Observanz - insofern vertritt er paradoxerweise in Bezug auf R. L. denselben Standpunkt wie die Sowjetkommunisten oder die SED! Daß Rosa Luxemburg eine Position vertrat, die manchem derjenigen der heutigen Eurokommunisten ähnelt, übersieht Dr. Oberreuter in seiner totalen Verdammung jeder Spielart des Sozialismus. Oder glaubt er etwa immer noch an die monolithische Einheit des Weltkommunismus - trotz Trotzki und Tito, trotz des Konflikts Moskau-Peking, trotz der langsamen, aber sehr realen Entwicklung der Kommunisten in Spanien, Italien, Japan usw. zu nichttotalitären Massenparteien.?

Für Dr. O. ist R. L. einfach eine Protagonistin des Dogamtismus und der Diktatur, der Gewalt und sogar des Terrors. Wie erklärt er dann aber die gewichtigen Ausprüche gegen den Terror? Wie erklärt er die Tatsache, daß Hans Jürgen Schultz R. L. in eine Sendereihe des Süddeutschen Rundfunks "Von Gandi bis Câmara - Beispiele gewaltfreier Politik" aufgenommen hat, die auch als Buch im christlichen Kreuz-Verlag in Stuttgart erschienen ist? Die folgenden Bemerkungen stimmen weitgehend mit meinen dortigen Ausführungen überein; sie können die Komplexität des Problems R. L. nur andeuten.

1.Es ist nichts Ungewöhnliches, daß in der historischen Perspektive eines halben Jahrhunderts das Charakterbild einer Persönlichkeit neue Gestalt annimmt. Das Wort der hinreißenden Rednerin ist verklungen - ihre großartigen Gedanken faszinieren nach wie vor den Leser. Die Lektüre der Schriften der Agitatorin und Theoretikerin, die als eines der nicht sehr häufigen Originalgenies des deutschen Marxismus weiterleben wird, lohnt sich noch immer. Ähnlich wie Karl Liebknecht besticht Rosa Luxemburg durch ihre Opferbereitschaft und ihren geistigen Mut. Bei dieser kleinen, körperlich behinderten Frau wird man trotz all ihrer Schwächen unwillkürlich an den "Ritter ohne Furcht und Tadel" erinnert. Die "blutige Rosa", einst der Schrecken der Philister und Bonzen, ist heute so gut wie vergessen - ja, in der Verfasserin der "Briefe aus dem Gefängnis" und der "Briefe an Freunde" will man jetzt oft nichts als die gütig-zarte Frau sehen. Dabei hat sich Rosa Luxemburg einmal selber mit Penthesilia verglichen, wobei allerdings selbst noch in ihrer tiefen Verachtung der Unterton echter Menschenliebe mitschwingt, trat doch dem Drang nach gewaltsamer Vernichtung des Bösen stets das Sehnen nach rein menschlicher Güte entgegen. Gerade in ihren Briefen hat sie diese beiden - oft miteinander im Widerstreit liegenden-Seiten ihres Charakters mit der ihr eigenen bestrickenden Offenheit enthüllt - so, wenn sie sich einmal selber vorwirft, das "Grundgebot" zu vergessen, "das ich mir fürs Leben gemacht habe: Gut zu sein ist Hauptsache! Einfach und schlicht gut sein, das löst

und bindet alles und ist besser als alle Klugheit und Machthaberei".

Wie Rosa Luxemburg zwischen den Zeiten lebte und wirkte, so spiegelte sie in ihrer eigenen Ambivalenz den Widerspruch der Epochen wider, den Gegensatz zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert, das Gegeneinander von Reform und Revolution, von Krieg und Frieden, von Gewalt und Humanität. Immer wieder rang sie um deren Synthese - eine glatte Lösung sollte ihr nicht beschieden sein. In ihrer Opposition gegen Revisionismus und Opportunismus, Imperialismus und Militarismus, spürte sie vor allem die Gefahren der Anpassung, der Kapitulation, des Verrats. Der Krieg bestätigte ihr, daß auch der Arbeiter sein Ziel nicht auf friedlichem Wege erreichen kann. Wenn zwar zugleich die russische Revolution die Gefahren der Diktatur, des Terrors, der Manipulierung der Masse durch unfehlbare Führer zeigt, so will sie nun darin doch nur Begleiterscheinungen des Kampfes und Sieges sehen, die gerade in Deutschland zurücktreten werden. So kämpfte Rosa Luxemburg stets nach zwei Seiten, wobei sie wohl, um Karl Liebknecht zu zitieren, immer wieder nach dem Unmöglichen griff, um auch nur das Mögliche durchsetzen zu können.

II. Es war sicherlich kein Zufall, daß sich Rosa Luxemburg, die Zeit ihres Lebens mit Rußland eng verbunden blieb, schon sehr früh für das dort entwickelte Kampfmittel des Massenstreiks begeisterte. Ermuntert durch die ungeahnte Weite und Tiefe der proletarischen Streikaktionen vor und während der ersten russischen Revolution glaubte sie an ähnliche Möglichkeiten im ach so fortgeschrittenen Deutschland. Während man

auf den Parteitagen der SPD und den Kongressen
der Freien Gewerkschaften um die Formulierung
von Resolutionen stritt, die den politischen
Streik mit allen möglichen Kautelen umgeben soll-
ten, wollte Rosa "nicht durch abstrakte Speku-
lationen über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit,
den Nutzen oder die Schädlichkeit des Massenstreiks,
sondern durch die Erforschung derjenigen Momen-
te und derjenigen sozialen Verhältnisse, aus
denen der Massenstreik in der gegenwärtigen Pha-
se des Klassenkampfes erwächst", zur Lösung des
Problems beitragen. Bereits in ihrer Analyse
des Generalstreiks in Kiew im Jahre 1903 hatte
Rosa Luxemburg interessanterweise hervorgehoben,
daß die Streikenden sich mit Weib und Kind auf
den Schienenstrang gesetzt und den Gewehrläufen
ihre entblößte Brust geboten hätten. Kein Wort
der Kritik oder des Hohnes über diese Form ge-
waltfreier Aktion. Vielleicht ahnte sie auch
schon deren Bedeutung stärker als sie selber
zum Ausdruck bringen vermochte?

Ausgesprochen hat Rosa Luxemburg immer wieder,
daß wir in einer Epoche der Revolution leben,
und daß sich die SPD daher nie auf eine bloß
parlamentarische Defensive beschränken dürfe.
Als letztes geschichtlich notwendiges Ziel ge-
he es um die Diktatur des Proletariats und um
die Revolution. Aber auch wenn Rosa Luxemburg
von Diktatur und Revolution spricht, identifi-
ziert sie diese nicht einfach mit Gewalt und
Terror. Nur für das Polizeigehirn sei Revolu-
tion mit Straßenkrawall und Unordnung identisch.
Für den Sozialisten heißt Revolution vor allem
die tiefgreifende Umwälzung der sozialen Ver-
hältnisse und der Klassenbeziehungen. So sei
die Barrikadenschlacht nicht mehr die Hauptform
der Revolution, sondern nur noch "ein äußer-

ster Punkt, nur ein Moment in dem ganzen Prozeß des proletarischen Massenkampfes". Die Geschichte habe in dieser "neuen Form der Revolution" einen Weg zur "Zivilisierung und Milderung" der Klassenkämpfe gefunden. Rosa Luxemburg scheint hier fast nach einer Art Drittem Weg zwischen dem Terrorismus der bürgerlichen Revolutionen und dem Opportunismus der Revisionisten zu suchen, der vielleicht schon als Vorwegnahme von Laskis "Revolution by Consent", wenn nicht gar auch der revolutionären gewaltfreien Aktion von heute angesehen werden.

Und doch hat Rosa Luxemburg diese Ansätze zu einer Politik der Gewaltlosigkeit nicht weiter entwickelt. Und das wohl vor allem aus zwei Gründen: Auch Marx und Engels waren von der typisch kontinental-europäischen Tradition der Glorifizierung der Gewalt als eines schöpferischen befreienden Elements nicht losgekommen; vor allem schien aber die unvorstellbar blutige Grausamkeit des Weltkrieges jeden Glauben an die Macht friedfertiger Aktionen zu widerlegen.

Die Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie sei eine Katastrophe, der Fall des sozialistischen Proletariats ein Unglück für die Menschheit, der Weltkrieg eine Weltwende. Hatte Rosa Luxemburg bis 1914 in der Tradition von Marx an das naturnotwendige Kommen des Sozialismus geglaubt, so sah sie nun deutlich das Dilemma: Sozialismus oder Barbarei! Wenn das Proletariat nicht sein revolutionäres Kampfschwert in die Waagschale wirft, wird der Sieg des Imperialismus den "Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom", mit sich bringen. Die

militärische Unentschiedenheit führt zur Beendigung des Krieges durch allseitige Erschöpfung, der der wirtschaftliche Ruin aller Länder folgt. Der Weltkrieg ist aber vor allem "ein Aderlaß, an dem die europäische Arbeiterbewegung zu verbluten droht." Mit jedem geschulten klassenbewußten Proletarier "sinkt ein Kämpfer der Zukunft, ein Soldat der Revolution, ein Retter der Menschheit, vom Joch des Kapitalismus ins Grab". "Noch ein solcher Weltkrieg, und die Aussichten des Sozialismus sind unter den von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmern begraben." Ja, schon antizipiert Rosa Luxemburg einen zweiten Weltkrieg als Resultat neuer Rüstungen, der Herrschaft des Militarismus und der Reaktion gerade auch im Falle der Niederlage Deutschlands.

Krieg dem Kriege? das klingt in der Tat nach Gewalt und sogar Bürgerkrieg. Aber selbst in dieser ihrer letzten Lebensphase war die "blutige Rosa" nie bereit, einfach organisierte Gewalt, Lüge und Intrige als Mittel zum edlen Zwekke zu akzeptieren. Auch jetzt noch erschöpfte sich für die Revolutionärin Politik nicht in entmenschten Apparaturen, verdinglichten Organisationen, entfremdeten Institutionen. Wenn schon Macht, Zwang und Gewalt, dann doch nur, um "bestimmte Maßnahmen im Interesse des Ganzen" gegen die feindliche Klasse durchzusetzen - "als konkrete Maßnahme zu einem konkreten Zweck" - , aber nie und nimmer als "allgemeine Regel von dauernder Wirkung": "Jedes dauernde Regiment des Belagerungszustandes führt unweigerlich zur Willkür ..." So sieht Rosa Luxemburg die terroristischen Elemente im Bolschewismus nur all-

zu deutlich: Sie antizipiert das Unmenschliche der zentralistisch-terroristischen Dauerdiktatur von Parteimaschine und Staatsapparat, die zum Eckpfeiler des totalitären Stalinismus werden sollte. Schon gegen Lenin und Trotzki wendet Rosa Luxemburg ein, daß diese genau wie Kautsky die Diktatur der Demokratie entgegenstellen. Ein solches Entweder - Oder ist aber das Gegenteil "wirklicher sozialistischer Politik". Das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gegen die Mißachtung demokratischer Institutionen, die wie alle menschlichen Institutionen ihre Schranken und Mängel haben, gefunden haben - die Beseitigung der Demokratie! - ist noch schlimmer als das Übel selbst: "Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breiten Volksmassen". Für Rosa Luxemburg bleibt die Diktatur des Proletariats immer auch sozialistische Demokratie.

III. Auch jetzt betont sie noch die Schöpferkraft und Würde der Masse. Das Wesen des Sozialismus besteht darin, daß dieser "das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt." Da die sozialistische Revolution die erste ist, die im Interesse der großen Mehrheit siegt, bedarf sie keines Terrors - "sie haßt und verabscheut den Massenmord". So heißt es im von Rosa Luxemburg im Dezember 1918 verfaßten Programm des Spartakusbundes. Daher wird auch dieser "nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen

Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes. Sein Sieg steht daher erst am Ende der Revolution." Andererseits proklamiert R. Luxemburg, daß der Widerstand der imperialistischen Kapitalistenklasse, die die "Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger überbietet", nur "mit eisener Faust" und "rücksichtsloser Energie" gebrochen werden kann. Im gewaltigsten Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte je gesehen, muß das Proletariat die ganze Staatsgewalt den herrschenden Klassen "wie der Gott Thor seinen Hammer" aufs Haupt schlagen. Hier "gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!"

In ihrer Auseinandersetzung mit Lenin und den Bolschewiki hat Rosa Luxemburg die humanistisch-demokratisch-libertären Momente im Sozialismus betont. In ihrem Kampf gegen die deutsche Sozialdemokratie sah sie sich gedrängt, die positive Rolle der revolutionären Führung und der konsequenten Gewalt hervorzuheben. Rosa Luxemburg vertrat als Weltbürgerin, als Bürgerin "derer, die da kommen werden", die Zukunft einer emanzipierten Menschheit. Diese Perspektive verlangt in letzter Konsequenz nach der Überwindung der entmenschenden Gewaltsamkeit durch die revolutionäre "gewaltlose" Aktion. Es war aber ihr Schicksal, in einer Zeit und in einem Lande zu leben, wo die Gewalt zwar schon - auf längere Sicht gesehen - antiquiert war, die Menschen und die Verhältnisse aber doch noch nicht reif zu sein schienen für den Übergang zu den so anspruchsvollen Methoden der gewaltarmen Aktion.

Es mag kein reiner Zufall sein, daß heute gerade die Humanisten und Kritischsten im marxistischen Lager (sicherlich auch nicht ganz unbeeinflußt von Rosa Luxemburg) nahe daran sind, die Möglichkeit gewaltfreier Aktionen für sich neu zu entdecken. So erklärt der junge jugoslawische Kommunist Svetozar Stojanović zwar, in einer Welt der Gewalt helfe bisweilen nur Gewalt. Zugleich kritisiert er aber sehr deutlich die unbegrenzte Zuflucht zur revolutionären Gewalt seitens mancher Marxisten. Im Mai 1968 in Frankreich habe man nicht dem falschen Dilemma: Bürgerkrieg oder parlamentarischer Kampf erliegen dürfen. Die Arbeiter hätten mit dem Streik und der Okkupation der Fabriken die Selbstverwaltung auf friedlichem Wege erzwingen müssen. Es scheint uns, als wenn damit Stojanović eher die Tradition Rosa Luxemburgs fortsetzt als mancher, der sich heute sehr laut auf sie beruft. Hätte nicht die große Humanistin im Jahre 1970 ähnlich deutlich die Problematik der Gewalt im Zeichen der Massenvernichtungsmittel und der entfremdeten Terrororganisationen erkannt und vielleicht dann auch selber doch den Weg zur gewaltfreien Aktion ganz konsequent beschritten?

4

Nachwort: Oberreuter – ein Opfer?

Bei einigen Kollegen ist der Eindruck entstanden - und einige sagen es auch ganz offen - , daß der Widerstand der SAZ-Dozenten und anderer Dozenten gegen eine Ernennung O.s zum Professor am OSI auf ein Berufsverbot gegen einen wissenschaftlich und politisch mißliebigen Kollegen hinauslaufe. Schon das Pluralismusgebot, so argumentieren sie, gebiete es, auch einen Oberreuter am OSI zu ertragen. Dies Argument muß ernst genommen werden, weil es nicht nur von der bekannten Fünfergruppe (Schwan et al.) aus durchsichtigen politischen Gründen verwandt wird, sondern auch von Kollegen, die sich mit den Anschauungen O.s nicht identifizieren und auch nicht identifiziert werden dürfen, die aber aus prinzipieller Toleranz und einer strikt formalen Pluralismussicht meinen, daß dem Spielraum "nach links" ein entsprechend großer "nach rechts" entsprechen müsse.

Diese Auffassung impliziert natürlich ein "Rechts-gleich-links-Syndrom" (vom Standpunkt der "Mitte" aus) und abstrahiert von den gesellschaftlich ungleichen Chancen für Rechte und Linke in der westdeutschen Gesellschaft. Auch wenn es uns gelingen sollte, O. vom OSI fernzuhalten, heißt das nicht, daß O. keine Chance mehr hätte, irgendwo Hochschullehrer zu werden. Andererseits bedeutet die politisch motivierte Ablehnung eines linken Bewerbers, wird sie bekannt, zugleich, daß seine Chancen generell rapide gesunken sind.

Im Kern geht es uns aber beim "Fall Oberreuter" gar nicht darum, um formale Adäquanzen zu streiten, sondern um die inhaltliche Position, für die der Name Oberreuter steht. Es geht auch nicht darum, konservativer Wissenschaft am OSI einen Platz streitig zu machen, auch wenn in diesem Fall ursprünglich ein anderer Kandidat vorgeschlagen worden war. Fachbereichsratsentscheidungen sind zu respektieren, und so ist es auch in diesem Fall zunächst gelaufen. Auf Platz 1 stand

der Kollege Mielke, auf Platz 3 Oberreuter, dessen traditionalistische Auffassung im Spektrum der Politikwissenschaft auch damals schon bekannt war. Der Platz 3 sollte den Abstand in der Qualifikation zu Platz 1 dokumentieren und zugleich aber auch ausdrücken, daß O. nach unseren d a m a l i g e n Kenntnissen als konservativer Wissenschaftler berufbar war. Die Wende trat auch nicht dadurch ein, daß sich der Senator über die Rangfolge des Fachbereichs hinweggesetzt hat, sondern erst in dem Moment, als Äußerungen und Schriften O.s bekannt wurden, die, wären sie bei der ursprünglichen Beschlußfassung bekannt gewesen, mit Sicherheit dazu geführt hätten, daß O. überhaupt nicht auf die Liste gekommen wäre.

Diese Äußerungen sprengen jeden nur denkbaren demokratischen Konsens. Wir wollen gar nicht so tun, als habe am OSI immer eitle Harmonie geherrscht, im Gegenteil. Die Geschichte des OSI zeichnet sich aus durch Phasen erbittertster Auseinandersetzungen, die letztlich jedoch immer um das Demokratieverständnis, nie um die Frage der Demokratie überhaupt gingen. Auch diejenigen, die wie wir im Klassenkampf der ausgebeuteten Schichten nicht nur ein soziales Faktum, sondern auch eine Orientierung für unser politisches Handeln sehen, haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß das Ziel dieses Kampfes m e h r Demokratie sein müsse. Mit Oberreuter tritt uns nun ein Vertreter eines "Klassenkampfes von oben" entgegen, der sich jenseits der Fronten befindet, die uns etwa von den Reformsozialisten, aber auch von konservativeren Positionen trennen. Aus der extremistischen Sicht von O. gibt es diese Fronten überhaupt nicht. Da die Analyse des "Gutachtens" ergeben hat, daß seine "KZ"-Äußerungen nicht als Ausrutscher qualifiziert werden können, müßten wir uns - ginge es nach O. - darauf einrichten, unsere Differenzen mit den Refos u.a. demnächst in einem gemeinsamen "Konzentrationszimmer" auszutragen. Angesichts dieses Sachverhalts ist es wichtig, noch einmal darzustellen, was jenseits der politischen Auseinandersetzungen, die die SAZ mit anderen Gruppen am OSI hatte, an gemeinsamen politischen und wissenschaftlichen Grundüberzeugungen vorhanden ist.

Der breite Protest gegen eine Berufung Oberreuters drückt sich nicht zufällig in einem einstimmigen Votum des Fachbereichsrates aus: Was an Texten und Aussagen dieses "Kollegen" in den letzten Monaten bekannt wurde, steht Kernelementen eines g e m e i n s a m e n Selbstverständnisses der Berliner Politikwissenschaft diametral entgegen. Sicher, gemeinsames Selbstverständnis heißt nicht Gemeinsamkeit in allen Punkten, schließt sogar erhebliche Differenzen in vielen wissenschaftlichen und politischen Fragen ein. Wenn der Fall Obereuter auch nur irgendetwas Positives an sich hat, dann ist es die Möglichkeit, daß die Hauptelemente dieses gemeinsamen Selbstverständnisses wieder deutlicher und vielleicht über die Sache Oberreuter hinaus wirksam werden. Damit wäre auch ein Bezugspunkt in der Auseinandersetzung mit den Kolleginnen und Kollegen gegeben, die ihren Dissens mit dem Fachbereichsratsbeschluß zu Briefe gegeben haben. Wenn wir im Folgenden die Elemente eines gemeinsamen Selbstverständnisses zu rekonstruieren versuchen, kann es sich nicht einfach darum handeln, nostalgisch an frühere Gemeinsamkeiten zu erinnern, denn diese haben sich je nach den gesellschaftlichen Verhältnissen durchaus unterschiedlich dargestellt.

Die Intentionen der "Gründergeneration" der Berliner Politikwissenschaft hat Gert von Eynern in Erinnerung gerufen, als er zum 25jährigen Jubiläum der Deutschen Hochschule für Politik, der Vorläuferin des OSI, schrieb:

> "Der progressive Wille, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern auch zu verändern (Oberreuter, aufgepaßt!), stand gleichwertig und untrennbar neben dem Wunsch, politische Fragen wissenschaftlich zu durch_ringen, Ideen als Interessenideologie zu entlarven, versäumte Reformen anzuprangern, das kritische Bewußtsein und den Mut zur Kritik an politischen Entwicklungen zu fördern, den Gebrauch und Mißbrauch von Macht wissenschaftlich zu untersuchen."

Dieses Selbstverständnis der Gründer hatte - zeitgeschichtlich bedingt - allerdings zwei Ebenen: eine dezidiert antifaschistische und eine zunächst antikommunistische, bald aber auch eine antisozialistische. Die Politologie (gerade auch in Berlin) blieb daher oftmals hinter ihrem Anspruch zurück: sie

wollte Politik vordenken, war aber meist nur akademischer Ausdruck der allgemeinen Entwicklung.

Dennoch hat sich an der Deutschen Hochschule für Politik bzw. am OSI jener Anspruch, den wir zitierten, weit stärker gehalten als an den meisten politikwissenschaftlichen Instituten in Westdeutschland. Daß die Politikwissenschaft keine affirmative Disziplin sein w o l l t e , war eindeutig. Politologie verstand sich als "Oppositions-" bzw. "Kontrollwissenschaft par excellence, inhaltlich orientiert am Postulat einer "Demokratiewissenschaft". Wenn auch die K r i t i k an der Entwicklung der BRD-Demokratie mit der während des Kalten Krieges erreichten Konsolidierung der Herrschaftsverhältnisse in den 50er Jahren immer mehr der I d e n t i f i z i e r u n g mit dem Bestehenden wich, so blieb doch ein Kritikpotential erhalten, wenn es auch in immer abgehobenerer Weise formuliert wurde, d.h. nicht mehr gesellschaftspolitisch spezifiziert wurde. Bei Ernst Fraenkel z.B. scheint es noch 1963 durch, wenn er "mit besonderem Nachdruck" betont, daß

> "eine Politikwissenschaft, die nicht bereit ist, ständig anzuecken, die sich scheuen wollte, peinliche Fragen zu stellen, die davor zurückschreckt, Vorgänge, die kraft gesellschaftlicher Konvention zu arcana societas erklärt worden sind, rücksichtslos zu beleuchten, und die es unterläßt, freimütig gerade über diejenigen Dinge zu reden, über die 'man nicht spricht', ihren Beruf verfehlt hat. Politologie ist kein Geschäft für Leisetreter und Opportunisten."

Die inhaltliche Bestimmung eines demokratie-wissenschaftlichen Anspruchs blieb auch deswegen auf der Strecke, weil die Politologie, wie andere Sozialwissenschaften, mit dem "Ballast", den sie abwarf, kritische und erst recht marxistische Theorieansätze eliminiert hatte.

Eine marxistisch orientierte Auffassung von Politikwissenschaft konnte sich erst herausbilden und durchsetzen, als die Problemkonstellationen dieser Gesellschaft wieder frag-würdig wurden und als sich mit der Studentenbewegung eine mit eben diesen Problemen vermittelte Bewegung harausbildete, die eine

Reorientierung der Politik- und generell der Sozialwissenschaften auf die widersprüchlichen sozialen Prozesse forcierte. Im Zuge der Polarisierungen am OSI wurde nur zu leicht übersehen, daß mit dieser "Fraktionierung" zwar die Harmonie des bisherigen Institutskonsenses flöten ging, der gemeinsam vertretene demokratietheoretische und -kritische Anspruch jedoch der Einlösung ein Stück näher kam. Daß Demokratieanalyse ohne politökonomische Fragestellungen und Theoriekonzepte sowie ohne eine Anknüpfung an die Traditionen und Erfahrungen der gesellschaftskritischen Praxis und Theorie der Arbeiterbewegung dem Bestehenden immanent bleiben muß, hatte nicht nur Franz Neumann der Deutschen Hochschule für Politik mit auf den Weg gegeben. So wurden mit der Herausbildung marxistisch orientierter Forschungsansätze am OSI frühere Ansprüche aktualisiert, ohne freilich mit ihnen voll identisch zu sein. Dies war auch der fast einhellige OSI-Konsens. Wie wäre sonst die OSI-Satzung zustande gekommen?

Dieser Rückblick auf die OSI-Geschichte dient nicht der Anbiederung und soll auch nicht die Differenzen verwischen, sondern die These begründen, *daß* es einen Institutskonsens gab und gibt. Dieser Konsens war immer fragil und er ist problematischer geworden, seit es am OSI uns Marxisten gibt. Da er ohne Beteiligung der Marxisten formuliert worden war, mußte er *re* formuliert werden (z.B. OSI-Satzung), nicht im Sinne eines irgendwann beschlossenen und niedergeschriebenen Vertrages, sondern in permanenter Auseinandersetzung. Dies bedeutete aber auch, daß es eine allseits verbindliche Formulierung von Demokratie-, Emanzipations- etc. -wissenschaft nicht mehr gab. Im Gegenteil: an deren Stelle mußte das Prinzip gegenseitiger Kritik gesetzt werden, weil Politikwissenschaft, wenn sie sich auf Grundstrukturen dieser Gesellschaft bezieht, immer auch andere Positionen fundamental in Frage stellen muß.

Dieser neue Konsens war nicht nur schwer zu bilden, er ist auch von a l l e n Gruppen immer wieder gefährdet worden! Vor allem ist er von einigen Kollegen nie voll akzeptiert worden. (Da es die Legende gibt, daß gerade wir, die SAZ, ihn nie akzeptiert hätten, erinnern wir an die Einleitung des von der NOFU so breit verteilten marxistischen Studienplanes, an unsere Mitarbeit an der ABO in den uns vertretbaren Grenzen, an unsere Aussagen zum Verhältnis von bürgerlicher und marxistischer Wissenschaft etc.). Der Institutskonsens ist nie oder nur ganz kurze Zeit von den Kollegen akzeptiert worden, die sich zu Kreuzrittern gegen "den" Marxismus aufgeschwungen haben. Ihrer Auseinandersetzung mit dem Marxismus lag nicht nur der legitime Versuch zugrunde, den Marxismus zum 139. Male erfolglos zu widerlegen; ihrer Auseinandersetzung lag vielmehr der Versuch zugrunde, den Marxisten, die sich nicht auf ihre Auffassung eines legitimen Marxismus verpflichten lassen wollten, die w i s s e n s c h a f t l i c h e Existenzberechtigung abzusprechen.

So prekär die Situation für die Marxisten am OSI durch den antikommunistischen Kreuzzug geworden ist, das Auftauchen Oberreuters stellt eine neue, weitaus größere Herausforderung dar. Denn während die Antimarxisten sich in ihrem Kampf immer noch auf eine bürgerlich-demokratische Ideologie stützen, um ihre Politik zu legitimieren und insofern - wenn auch in verzerrter Form - dem vorreformerischen Konsensus verpflichtet fühlen, tritt Oberreuter gegen j e d e emanzipatorische Wissenschaft und Praxis ein, auch gegen ein Studium, das "die Voraussetzung schaffen (soll) für eine spätere demokratische Berufspraxis, die einen spezifischen fachlichen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft leisten (soll)" (ABO, § 4 Abs.1 in der vom FBR verabschiedeten Fassung). Für Oberreuter ist dies alles Kommunismus und es kann sein, daß die Antimarxisten in ihm einen Bündnispartner sehen. Sie würden allerdings dadurch einen weiteren Beitrag zur Liquidierung der Demokratie durch ihre vermeintliche Verteidigung derselben leisten. Wer die Position Lohmars auf diese Weise ausgegrenzt hat, grenzt auch die meisten OSI-Kollegen aus ei-

ner für ihn vorstellbaren "Demokratiewissenschaft" aus. Untragbar ist Obereuter nicht, weil er nicht zu "uns paßt", sondern weil er Denk- und Verhaltensweisen gezeigt hat, die nur den Schluß zulassen, daß er für eine Gesellschaft eintritt, die zur Niederkämpfung des Sozialismus sich auch um bürgerliche Freiheiten nicht mehr schert.

SAZ


Grüß' Gott
1 Fahrkarte
nach Bayern
1. Klasse


Möchten Sie
Rückfahrt?


Na,
i bleib
do